

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 S.

Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 18. März 1899.

Inserate die dreispaltene Petitzeile oder deren Raum 30 S

Redaktion und Expedition:

Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt. Blamage eines Scharfmachervereins. — Die kartallistischen Entbehrungslöhne in der Metall- und Maschinenindustrie. — Tätigkeitsbericht für den Agitationsbezirk Brandenburg und Pommern. — Bericht über die Landeskonferenz der Metallarbeiter Sachsens. — Eine Unternehmerorganisation. — Was leisten die Buchdrucker für Streiks? — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Quittung über die im Februar 1899 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder. — Korrespondenzen. — Abrechnung des Vertrauensmannes für die Provinz Hannover über das 4. Quartal 1898. — Abrechnung vom Streik der Feilenhauer zu Halle a. S. — Rundschau. — Literarisches.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Aluminiumschlägern nach Fürth (G. Weiß) Str.; von Bronzearbeitern nach Luchowalde (Herzog & Co.) R. von Drechern, Hölzern und Schlossern nach Dresden (Fischer & Wünsch); von Fahrradarbeitern nach Freiburg i. S.; von Feilenhauern z. nach Chemnitz (Reimling) Str., nach Frankenthal und Speyer, nach Halle a. S. (Ummendorfer Feilen- u. Maschinenfabrik), nach Stettin (Plag) Str.; von Feilenschleifern nach Leipzig (Kästner) Str.; von Formern nach Aalen in Württemb. (Firma Nieger, Inh.: Blohm & Zeller), nach Alt- und Neugersdorf (Oberlausitzer Eisengießerei Thiele & Lindner) Str., nach Bielefeld (Temperformer) (Firma W. Kramer), nach Bielmenhorst (Gries & Co.), nach Nöbeln (Machinenfabrik J. Haase) Str., nach Dortmund (Meißner), nach Essen a. Ruhr, nach Friedrichsdorf h. Kiel (Höwoldts-Werke) Str., nach Gillingen (Fr. Müller) Str., nach Halle a. S. Büschdorf (Jakobi), nach Kottbus (R. Welt) Str., nach Landshammer W., nach Neustadt a. Hardt (Firma Reich), Str., nach Nürnberg (Schuckert) Str., nach Stavanger in Norwegen (Stavanger Stöber & Dol) Str.; von Metallarbeitern nach Baden, Schweiz (Brown, Boveri & Co.), nach Günde i. W. Str., nach Neumark i. Vogtland (Weigelt & Bodwisch) D., nach Pöschel (Camillo Walthers), nach Pirndorf (Wolz & Hammerbacher) Str.; von Metalldruckern nach Nürnberg (Dannhorn) R.; von Rautischen Instrumentenmachern, Mechanikern z. nach Christiania (Norwegen), (Optiker S. C. Krohn); von Polirern nach Gabeln (Riemann); von Reißzeugmachern nach Nürnberg (Eckert & Sohn) D.; von Schlossern nach Bielmenhorst (Gries & Co.). (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupte zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion.)

Blamage eines Scharfmachervereins.

Vor Kurzem hat Professor Brentano in der Münchner Volkswirtschaftlichen Gesellschaft einen Vortrag über den Schutz der Arbeitswilligen („Zucht-hausvorlage“) gehalten und ist dabei für das ungeschmälerte Koalitionsrecht der Arbeiter eingetreten. Die vernünftigen Ansichten dieses bürgerlichen Sozialpolitikers haben aber den Verband der Münchner Bauunternehmer gewaltig in Harnisch gebracht. Infolgedessen beschlossen sie eine „Rundgebung“ und der „Sekretär“ des „Verbandes“ mußte sich den klugen Kopf plagen, um unter anderem allgemeinen Blödsinn folgendes besondern von sich zu geben: „Der Verband der Arbeitgeber des Baugewerbes für München und Umgebung, dem nur ausübende Gewerbetreibende angehören, erkennt die autoritative Stellung des Herrn Vortragenden an, bedauert aber gerade deswegen und nicht nur im eigenen Interesse (die Uneigennützigkeit!) lebhaft den Vortrag des Herrn Professors Dr. Brentano, da er darin, wenn nicht eine völlige Verkennung, so doch sicher eine vollkommen einseitige Darlegung der tatsächlichen Verhältnisse erblickt. Das Thema hätte in der Einleitung eine Definition des Begriffes Arbeitswilliger erwarten lassen; statt dessen gab der Herr Vortragende eine historische Erörterung über den „ursprünglichen“ Sinn des „Rufes“ nach Freiheit der Arbeit. Bei seinen Schlussfolgerungen hieraus übergeht aber Professor Dr.

Brentano die Stelle in der Adam Smith'schen Definition: „Das Vermögen des Armen liegt in der Stärke und Geschicklichkeit seiner Hände; ihn hindern zu wollen, diese Stärke oder Geschicklichkeit, in welcher Weise immer ihm ohne Schädigung seiner Nachbarn zweckmäßig scheint, auszunutzen, ist eine offenebare Verletzung dieses heiligsten Eigentums.“ Wenn ferner die Gesetzgebung die Forderungen der Smith und Turgot dadurch vermindert haben soll, daß sie „die Arbeiter jedem Waarenverkäufer gleichstellte, der seine Waare für eigene Rechnung und Gefahr nach Gutdünken verkauft“, mißbilligt etwa Professor Dr. Brentano den Eingriff des Staates in die Preisfestsetzung der Apothekerwaaren oder zu Zeiten des Mißwachses Maßregeln des Staates gegen den Kornwucher? Was die Koalitionsfreiheit der Arbeiter anlangt, so erkennt der Verband ihre Berechtigung und die Nothwendigkeit ihrer Uneingeschränktheit vollaus an, nur muß dem Arbeitgeberstande zur Defensiv das gleiche Recht zustehen, und es muß Koalitionsfreiheit, nicht Koalitionszwang herrschen. Wenn der Arbeitgeber für die Freiheit des einzelnen Arbeiters eintritt, so thut er dies in der That und trotz der Gegenbehauptung des Herrn Professors Dr. Brentano in erster Linie nur im Interesse dieses einzelnen Arbeiters und nur im Einverständnis mit diesem. Der nicht organisierte Arbeiter erkennt eben in seinem Arbeitgeber noch seinen Brodbrother und den berechtigten Vertreter zu seiner Interessen. Allerdings nimmt der Arbeitgeber dabei „das eigene Interesse wahr, aber nur ein moralisches („moralisches Interesse“ der edlen Baupfufanten ist großartig!) nicht ein materielles, für das freilich nicht die Sozialpolitik den Maßstab abgibt. Ein Blick nur in die Praxis läßt dies aber auch den sozialpolitischen Theoretiker erkennen: die große Mehrzahl der Arbeitgeber überliefern auch im Winter, wenn die Arbeitsaufträge zu stocken beginnen, ihre Arbeiter nicht der Verdienstlosigkeit und damit der Pein des Hungers und Hungerns, sondern „überwintern“ sie, oft mit schweren Lasten. Kommt aber nun das Frühjahr mit seiner vermehrten Arbeitsgelegenheit, so ist für die koalirten Arbeiter die Zeit zu der Aufstellung und Durchsetzung ihrer stets bereiten Forderungen auf Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung angebrochen, es wird in die Streibewegung eingetreten. Erinnert sich nun der eine oder andere der überwinterten Arbeiter der Pflicht der Dankbarkeit und bewahrt er auch seinem Arbeitgeber die Treue, dann soll gewiß der Arbeitgeber diesen einzelnen Arbeiter nach Beendigung des Streiks der Willkür Derer überantworten, die zwar für sich die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und das Vergessen für alles Vorgeschallene vereinbaren, den sogenannten Streikbrecher aber mit ihrem tödtlichen und unverjählichen Haß verfolgen? Ein Gebot der Gerechtigkeit und der Selbstachtung erfüllt also der Arbeitgeber, der für die Freiheit des einzelnen Arbeiters eintritt. Die Bestrafung der Anreizung zum Streik „und zwar mit Zucht-haus“ ist zur Zeit gesehlich unmöglich und es ist eine Frage der Loyalität, ob sie nach den Verlautbarungen über den Stand der gesegegeberischen Vorarbeiten und des gesegegeberischen Willens in dieser Angelegenheit, wie gesehehen, zur Diskussion gestellt werden durfte. Die bürgerliche Presse hat wenigstens das gleiche Unterfangen der sozialdemokratischen Presse zurückgewiesen. — Die Ausführungen über die Bestrafung des Postenlebens sind, insbesondere was die Exemplifikation auf England anlangt, unrichtig. . . . Die Ausführungen zu § 153 der Gewerbeordnung beweisen höchstens, daß auch gegen andere Klassen gewisse gesegebliche Bestimmungen berechtigt wären, nicht aber, daß § 153 der Gewerbeordnung zu Unrecht besteht. Der Verband erblickt in diesem Paragraphen den einzigen einigermaßen werthvollen Schutz gegen den Terrorismus einer verbehten Arbeiterchaft. Wenn der Verband so den Darlegungen des Herrn Professors Dr. Brentano in allen Theilen entgegengetreten muß, so erübrigt ihm nur noch der Dank an Herrn Unterstaatssekretär a. D. und Universitätsprofessor Dr. v. Mayr, den Vertreter einer rechtsseitigen Sozialpolitik, die den praktischen Verhältnissen Rechnung trägt.“ Der Dank an den Professor v. Mayr, der in jener Versammlung einen kritischen Tag erster Ordnung hatte, ist ebenso niedlich wie die Frechheit der Baupfufanten, die ihre stupide Unwissenheit und ihren schändlichen Eigennuß mit moralischen Phrasen und „wissenschaftlichen“ Redensarten garniren lassen. Professor Brentano hat denn auch die Situation vollaus begriffen und die uneigennütigen Mehrwerthschlucker mit ausgezeichnetem Humor dem Gelächter aller Vernünftigen preisgegeben. Er antwortete dem Verband: „Der Vortrag über den Schutz der Arbeitswilligen, den ich hier in München am 1. Februar gehalten habe, ist nach in derselben Woche in seinem Wortlaut in Berlin im Verlag von Leonhard Simian erschienen. Hätte der Verband der Arbeitgeber des Baugewerbes für München und Umgebung

diesen Wortlaut zur Hand genommen, so hätte er, wenn auch nicht alle, so doch die meisten der oben stehenden Einwendungen gegen denselben unterlassen. 1. Er hätte gefunden, daß meine historische Einleitung über die Verschiebungen, die im Begriff der Arbeitswilligen stattgefunden haben, zeigt, wie das, was man heute unter Arbeitswilligen versteht, etwas total Verschiedenes ist von dem, was Adam Smith und Turgot darunter verstanden, ja, wie gerade diejenigen, gegen welche der Ruf nach Freiheit der Arbeit ursprünglich gerichtet war, sich seiner bemächtigt haben, um gegenüber den Maßnahmen zur Verwirklichung der Freiheit der Arbeit materiell das Entgegengesetzte von dem, was ursprünglich damit begründet worden war, zu erreichen. 2. Er hätte gefunden, daß ich in dem Zitate aus Adam Smith, wonach das heiligste Eigentum des Armen darin besteht, die Stärke oder Geschicklichkeit seiner Arme, in welcher Weise immer ihm ohne Schädigung seiner Nachbarn zweckmäßig scheint, auszunutzen,“ die unterstrichenen Worte keineswegs übergangen habe. Vielmehr berufe ich mich ausdrücklich auf den seit Jahrtausenden geltenden Rechtsatz: „Wer von seinem Rechte Gebrauch macht, schädigt Niemand.“ 3. Er hätte gefunden, daß nicht ich es bin, der aufgebracht hat, die Festsetzung der Löhne durch die Behörden im 18. Jahrhundert sei im Interesse der Arbeitgeber erfolgt. A. Smith ist es, der dies bezeugt, und seine Behauptung wird durch die churbayerische Verordnung von 1762 bestätigt. 4. Die Anführung der Preisfestsetzung der Apothekerwaaren durch den Staat gegen meine Betonung, daß das moderne Gewerbe „der Arbeiter jedem anderen Verkäufer, der seine Waare für eigene Rechnung und Gefahr verkauft“, gleichstelle, beweist gerade die Richtigkeit meiner Behauptung. Denn für den Arbeiter gilt der § 105 der Gewerbe-Ordnung, wonach die Festsetzung des Preises der Arbeit Gegenstand freier Uebereinkunft zwischen Arbeitgeber und Arbeiter ist; Apothekerwaaren dagegen sind nach § 6 der Gewerbe-Ordnung nur ausnahmsweise dem freien Verkehr überlassen. Von Maßregeln des Staates gegen den Kornwucher in Zeiten des Mißwachses endlich ist uns in modernen Staate nichts bekannt, nicht einmal von einer Anwendung der bestehenden Bestimmungen über Sachwucher. 5. Daß ich das Koalitionsrecht der Arbeitgeber anerkenne, findet der Verband in meinem Vortrage ausdrücklich ausgesprochen. Aber eigentlich war diese Anerkennung überflüssig. Die deutschen Arbeitgeber bedürfen der Betonung, daß man ihr Koalitionsrecht anerkenne, in keiner Weise. Jand doch der Referent auf dem Kölner Kongreß des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1897 keinen Widerspruch, als er mit dem Satze begann: „Der Unternehmer gehört in der Regel einer beruflichen Vereinigung an, der Arbeiter nicht.“ Es dürften höchstens 5 Prozent der gewerblichen Arbeiter in Deutschland organisiert sein. Die wesentliche, wenn auch nicht die einzige Ursache hievon sind die Hemmnisse, welche Gesetzgebung und Verwaltung den Arbeiterkoalitionen bereiten. Ich würde daher das, was der Verband der Münchener Baugewerbe über Berechtigung und Nothwendigkeit einer „uneingeschränkten“ Koalitionsfreiheit auch der Arbeiter sagt, mit Freuden begrüßen, könnte ich annehmen, daß er darunter dasielbe wie alle übrige Welt versteht. Nach dem, was er weiter ausführt, muß ich leider daran zweifeln. Ich übergehe dabei, was er über meine Darlegungen, betreffend die Nichtlagbarkeit von Koalitionsverabredungen sagt, denn er scheint in keiner Weise zu wissen, was ich hierüber wirklich gesagt habe. Wohl aber muß ich meine Bedenken aussprechen, wenn der Verband meiner Kritik des Gedankens, die Anreizung zum Streik mit Zucht-haus zu bestrafen, als einen Verstoß gegen die Loyalität entgegen-tritt; sonst gilt es als eine Pflicht der Loyalität, die Wahrheit zu sagen, und nur als Verstoß, wenn man in unehrlicher Weise dies thut; die leise Denunziation zeigt mir, daß der Verband trotz seiner Sympathie mit „uneingeschränkter“ Koalitionsfreiheit mit jenem Gedanken sympathisirt. Ebenso macht mich seine Bemerkung gegen meine Ausführungen über das Postenleben an dem Grust seiner Liebe für „uneingeschränkte“ Koalitionsfreiheit zweifelhaft; denn da Alles, was er mir diesbezüglich vorwirft, auf das von mir wirklich Gesagte nicht paßt, kann ich auch hierin nur die Aeußerung einer Abneigung gegen „uneingeschränkte“ Koalitionsfreiheit erblicken. Wenn er endlich den § 153 der Gewerbe-Ordnung als den einzigen einigermaßen werthvollen Schutz gegen den Terrorismus einer verbehten Arbeiterchaft bezeichnet, so ist dies, milde gesagt, nicht richtig, da das Allgemeine Strafgesetzbuch eine Anzahl sehr scharfer Waffen gegen wirklichen Terrorismus enthält. Die Vorliebe für das Ausnahmerecht des § 153 scheint jedoch nicht für eine besonders aufrichtige Anerkennung der Berechtigung und Nothwendigkeit einer uneingeschränkten Koalitionsfreiheit zu sprechen. Der Kern der Ausführungen des Verbandes besteht in einer Wiederholung derjenigen Argumente, welche von jeher gegen die Maßnahmen vorgebracht wurden, welche Staat und Gesellschaft zum Schutz der Schwächeren getroffen haben. Nach den Ausführungen der Herren führen sie im Winter Wästen auf, um die Arbeiter vor dem Verbrennen zu retten, und sie werden dafür im Frühjahr von den koalirten Arbeitern

mit Unbarm gelohnt, welche dann Arbeitsverkürzung und Lohn-
erhöhung verlangen und die streikbrechenden Arbeitswilligen mit
tödtlichem Haß verfolgen. Die Arbeitgeber erfüllen ein Gebot
der Gerechtigkeit und der Selbstachtung, indem sie für die Frei-
heit des einzelnen Arbeiters eintreten. Offenbar wäre es nach
der Meinung des Verbandes besser, wenn ihnen statt isolierter
Arbeiter, welche solche Forderungen erheben, lediglich vereinzelte
Arbeiter gegenüberstünden und die Freiheit solcher isolierter Ar-
beiter niemals durch Arbeiterkoalitionen gestört würde.

Das dies nichtig ist und gerade auf dem Gebiete der Bau-
gewerbe die Ausübung des Koalitionsrechts der Arbeiter ein
besonderes Arbeitsfeld hat, beweisen die zunehmenden Miß-
stände im Baugewerbe; ist doch im Bereiche der bayerischen
Baugewerks-Berufsgenossenschaft die Zahl der Verletzten, für
welche Unfall-Angelegenheiten erstattet wurden, von 1886 bis 1895
von 1811 auf 3983, d. h. von 36,64 auf 51,96 von je 1000
Versicherten gestiegen. Es ist hiermit lediglich eine Erscheinung
belegt, welche sich auch außerhalb des Baugewerbes in
allen Kulturländern bemerkbar gemacht hat. Die Zustände,
welche in allen Ländern zur Arbeiterschutzesetzgebung geführt
haben, sind ein monumentaler Beweis dafür, wohin es käme,
wenn der einzelne Arbeiter lediglich auf die Gerechtigkeit und
den guten Willen der Arbeitgeber angewiesen wäre. Das diese
Arbeiterschutzesetzgebung aber nicht genügt, um die bestehenden
Mißstände, die Folge der Freiheit des einzelnen Arbeiters, des
„Arbeitswilligen“ zu beseitigen, ist von den Regierungen sowohl
wie von allen Parteien dadurch anerkannt, daß das Koalitions-
recht, d. h. die organisierte Selbsthilfe der Arbeiter, als eine
unentbehrliche Ergänzung der staatlichen Arbeiterschutzesetz-
gebung gilt. Gerade auf dem Gebiete des Baugewerbes
aber sieht die Arbeiterschutzesetzgebung nahezu bloß auf dem
Papier, und seit Jahren bereits berath die Reichsregierung ver-
geblich über Mittel zu einem geeigneteren Schutz. Es sei nur
darauf hingewiesen, daß es für Hoch- und Tiefbauten eine Ge-
werbe-Inspektion gar nicht gibt. Hier ist das Koalitions-
recht zur Zeit die einzige wirksame Waffe, die
dazu führen kann, Mißstände zu beseitigen, welche in steigendem
Maße das Leben und die Gesundheit der Arbeiter, unter Um-
ständen aber auch des sogenannten weiteren Publi-
kums bedrohen. Solche Mißstände können nicht aus der
Welt geschafft werden, wenn man bei Klagen und Vorgehen
der Arbeiter gegen dieselben von Verheugung der Arbeiter spricht.
Wielmehr erwerben sich die Arbeiter den Dank, welche
zur Beseitigung dieser Mißstände sich koaliren. Auch
kann dieser Dank nicht dadurch gemindert werden, wenn sie auch
von dem Rechte Gebrauch machen, auf das sie die Gesetzgebung
für die Besserung ihres Sittens verweist, und wie jeder
Waarenverkäufer bei steigender Konjunktur für das, was sie
zu verkaufen haben, ihre Arbeit, höhere Preise er-
streben. Das aber die Konjunktur im Baugewerbe zunehmend
steigt, das zeigt wohl auch dem Verband der Bau-
gewerbe zur Genüge das Steigen der Miet- und
Häuserpreise in München und Umgebung.

Die Scharfmacher dürften nach dieser Abfertigung
die Neigung zu weiterer Herausgabe „wissenschaftlicher“
Proteste verloren haben, daß sie aus der Blamage
etwas lernen oder in ihrer Gestattung anständiger werden,
ist nicht zu erwarten. Ihnen ist das Recht auf Aus-
beutung heilig.

Die Arbeiter aber, die ihre Lage richtig erkennen,
haben eine demüthige Antwort auf die Frechheit des
Ausbeuterthums, sie heißt:

„Organisation!“

Die kapitalistischen Entbehrungslöhne in
der Metall- und Maschinenindustrie *)

Das Jahr 1898 war für die Kapitalisten ein aus-
gezeichnetes Erntejahr. Die Dividenden, Lantienmen
und Profite sind sehr gut gerathen und vergnügt
schmammelnd streichen die Kapitalisten, seien es Einzel-
unternehmer, Aktionäre, Verwaltungsräte und Aufsichtsrä-
the, Direktoren u., die von den Arbeitern im Schweiße
ihres Angesichtes geschaffenen goldenen Früchte ein-
die Herren haben sehr recht, wenn sie gegenüber An-
griffen auf ihre Profitwirthschaft mit Benjamin Franklin
den Arbeitern erklären: „Wer Euch sagt, daß man
ohne Arbeit reich werden kann, der ist ein Betrüger!“
Diese Worte sind wahr, denn außer Luft und Wasser
ist nichts nutzlos, nichts ohne Arbeit auf der Welt.
Aber dennoch enthalten diese weisen Worte nicht die
volle Wahrheit, sie müssen noch ergänzt werden durch
die weiteren Worte: „Man kann nur reich werden
durch die Arbeit anderer Leute!“ Außer Schauspielern,
Künstlern aller Art, Dichtern, genialen Schriftstellern
u., die nur eine kleine Anzahl bilden und daher Aus-
nahmen sind, ist noch kein Mensch durch eigene Arbeit
reich geworden. In dem Besitzthum jedes reichen
Mannes steht fremde Arbeit, stehen die Früchte der
Arbeit anderer Leute, stehen die von den schlecht be-
zahlten Lohnarbeitern geschaffenen Mehrwerthe.

Waren die Profite der vergangenen Jahre regel-
mäßig das eine Jahr immer höher als im Vorjahre,
so waren sie auch im Jahre 1898 höher als im Jahre
1897. So betrug der Reingewinn der Rembacher
Hüttenwerke 753,811 M. gegen 537,807 M. in 1897;
Hannoversche Maschinenbau-Aktien-Ges. vorm. Geyerhoff
1,712,000 M. gegen 1,120,000 M.; Deutsche Werk-
zeugmaschinenfabrik vorm. Sandermann und Eiter in

Chemnitz 289,288 M. gegen 187,517 M.; Westfälische
Stahlwerke in Bochum 796,790 M. gegen 737,089 M.;
Deutsche Kugelwerke vorm. Hirschmann u. Cie. in Berlin
88,294 M. gegen 2157 M.; die Dividende der Eisener-
Hütte ist auf 58—60 Proz. geschätzt gegenüber
54 Proz. in 1897; Dielefelder Maschinenfabrik vorm.
Dirkopp 26 2/3 Proz. (25 Proz.); Deutsche Waffen-
und Munitionsfabriken in Oberndorf, Karlsruhe zc.
25 Proz. (25 Proz.); Ludwig Löwe in Berlin 24 Proz.
(24 Proz.); Maschinenfabrik Augsburg 1,402,232 M.
(1,309,967 M.) Reingewinn und 24 1/2 Proz. gleich
420 M. (400 M.) pro Aktie Dividenden; Aktien-Ges.
Esselburger Hütte vorm. Spring, Bögel u. Cie. in Essel-
burg 22 1/2 Proz. (22 1/2 Proz.); Aktiengesellschaft Düffel-
dorfer Eisenbahnbedarf vorm. Weyer u. Cie. 18 Proz.
(16 Proz.); Berliner Aktien-Ges. für Eisengießerei u.
Maschinenfabrikation vorm. Freund 18 Proz. (16 Proz.)
aus einem Reingewinn von 534,781 M. (387,251 M.);
Gußstahlwerk Witten 16 Proz. (10 Proz.); Bismarck-
hütte (15 Proz.), Faconwalzwerk in Kalk (12
Proz.) Reingewinn 549,036 M. (438,722 M.), Duis-
burger Maschinenbau-Aktien-Ges. (13 Proz.) Reingewinn
384,127 M. (284,801 M.), Westfälische Stahlwerke
in Bochum (12 1/2 Proz.) Reingewinn 796,790 M.
(737,089 M.) je 15 Proz.; Rheinische Metallwaaren-
u. Maschinenfabrik in Düsseldorf Reingewinn 1,188,604
M. (887,684 M., 6 Proz.) und Maschinenfabrik Kappel
Reingewinn 248,645 M. (191,120 M., 11 Proz.)
je 14 Proz.; Schaller Gruben- und Hüttenverein zu
Gelsenkirchen 2,049,873 M. (13 1/2 Proz.) und Ver-
einigte Königs- und Laurahütte Reingewinn 4,333,097
M., je 13 1/2 Proz.; Wessener Bergwerke und Hütten,
Bruchhöhe a. d. Sieg Gewinn 922,874 M. (640,162
M.) 13 Proz. (12 Proz.); Berliner Maschinenbau-
Gesellschaft vorm. Schwarztopf (10 1/2 Proz.), Verein.
Metallwaarenfabriken Aktien-Ges. in Dittmannsdorf
(12 1/2 Proz.) Gewinn 369,941 M. (198,803 M.),
je 12 1/2 Proz.; Sulzdorfsche Hüttenwerke Gleiwitz
Gewinn 2,301,948 M. (1,112,281 M.), Fabrik
isolierter Drähte zu elektrischen Zwecken Aktien-Ges.
Berlin Gewinn 115,158 M., Eisenwerk „Roth Erde“,
Dortmund Reingewinn 128,881 M. (85,339 M.,
10 Proz.), Akt.-Ges. Maschinenfabrik „Deutschland“
Dortmund Gewinn 340,797 M. (199,780 M.), Sie-
gener Maschinenbau-Aktien-Ges. Siegen Gewinn 74,052
M. (58,491 M., 8 Proz.), Oberbilfer Stahlwerk in
Düsseldorf-Oberbill (15 Proz.) und Lochmann'sche
Maschinenfabrik in Leipzig-Gohlis (0 Proz.) je 12 Proz.;
Waggonfabrik Aktien-Ges. Köln-Ehrenfeld (7 Proz.),
Phönix Aktien-Ges. für Bergbau und Hüttenbetrieb in
Lahr bei Ruhrort (13 Proz.), Aktien-Ges. Bergwerks-
verein Friedrich Wilhelmshütte zu Mülheim a. d. R.
je 11 Proz.; Thüringische Hadel- und Stahlwaaren-
fabrik Wolff, Knippenberg u. Cie. Akt.-Ges. in Schters-
hausen (10 Proz.), Panzer Aktien-Ges. für Schiffbau-,
Eisenbau- und Eisen-Industrie Berlin Gewinn 104,296
M., Hepper Eisen- und Stahlwerke (10 Proz.), Hade-
benker Guß- und Emailirwerke vorm. Gebr. Gabler,
Hadeben-Dresden Gewinn 137,545 M. (112,792 M.,
8 Proz.), Kottbuser Maschinenbauanstalt und Eise-
gießerei (10 Proz.), Westfälische Drahtindustrie Hamm
(10 Proz.), Aktien-Ges. Wegener Walzwerk Alten-
huden, Basijsche Maschinenfabrik und Eisengießerei
Durlach (10 Proz.), Maschinen- und Armaturenfabrik
vorm. Klein, Schanzlin u. Becker in Frankenthal Gewinn
439,478 M. (414,262 M., 8 Proz.), Gasmotoren-
fabrik Deug bei Köln Gewinn 1,134,616 M. (1,026,425
M., 10 Proz.), Oberchlesische Eisenindustrie-Akt.-Ges.
(9 Proz.), Maschinen- und Werkzeugfabrik Aktien-Ges.
vorm. Pöschel Köthen je 10 Proz.; Maschinen- und
Armaturenfabrik vorm. Breuer Höchst a. M. (8 Proz.),
Wagenbauanstalt und Waggonfabrik vorm. Busch in
Hamburg (7 Proz.), Werkzeugmaschinenfabrik Union
vorm. Diehl Chemnitz Gewinn 118,318 M. (87,152
M., 7 Proz.), Eisenhüttenwerk Renla bei Wustau
(Schlef.) je 9 Proz.; Eisenhüttenwerk Thale Akt.-Ges.
Thale Gewinn 1,009,710 M. (989,046 M.), Schloß-
fabrik Akt.-Ges. vorm. Schulze in Schlagsbaum bei Belten,
Leinwandfabrik Aktien-Ges. Freiberg i. S. (5 Proz.),
Maschinenbau-Aktien-Ges. in Dasselbruch, Görlitzer
Maschinenbauanstalt und Eisengießerei Görlitz Gewinn
572,198 M. (529,217 M.) je 8 Proz.; Emailir-
und Stanzwerke in Raifammer und Maschinenbau-
anstalt „Humboldt“ Kalk bei Köln Gewinn 445,258
M. (435,528 M.) je 7 1/2 Proz.; Hammer Maschinen-
fabrik Aktien-Ges. Reichenfels Gewinn 190,124 M.
(143,225 M.), Sächsisches Metallindustrie-Aktien-Ges.
Dresden, Sächsische Maschinenfabrik vorm. Hartmann
Chemnitz Gewinn 448,950 M. (403,495 M., 10
Proz.), Reusberg-Gladbacher Bergwerks- und Hütten-
Aktien-Ges. Bergelins (6 Proz.) je 7 Proz.; Hagener
Gußstahlwerke Hagen (4 1/2 Proz.), Stadberger Hütte
Riedermarsberg Gewinn 56,930 M. (49,096 M.),

je 6 1/2 Proz.; Westfälische Kupfer- und Messingwerke
Aktien-Ges. Vogelberg bei Lüdenscheid, Leipziger Dampf-
und Motorenfabrik vorm. Swidenki Leipzig, Schweizer
Eisenwalzwerk in Schweizer-Aue, Maschinenbau-Aktien-
Gesellschaft Union Essen (6 Proz.), Stryumer Eisen-
industrie Oberhausen, Baroper Maschinenbau-Akt.-Ges.,
Aplerbecker Hütte Aplerbeck je 6 Proz.; Ber. Kiesel-
und Schloßfabriken Akt.-Ges. Belbert Rheinland 5 1/2
Proz. (7 Proz.); Aktien-Ges. für Schmirgel- u. Ma-
schinenfabrikation Bockenheim-Frankfurt a. M., Mann-
heimer Eisengießerei und Maschinenbau-Akt.-Ges. Mann-
heim, Differdinger Hochofen-Gesellschaft, Hannover'sche
Eisengießerei, Werkstätte für Maschinenbau vorm. Du-
kommun Mühlhausen i. Gf. (3 Proz.), Galvanische
Metallpapierfabrik Aktien-Ges. Berlin, Metallindustrie-
Gesellschaft Müßig-Cramont (Gf.), Aktien-Ges. für
Metall- und Holzindustrie Berlin, Betschau-Weißagker
Landw. Maschinenfabrik und Eisengießerei Betschau,
Düsseldorfer Eisenwerk Akt.-Ges. und Hammer Eisen-
werk Aktiengesellschaft Hamar in Westfalen je 5 Proz.
u. s. w.

Von 77 Aktiengesellschaften, deren Dividenden
vorstehend angeführt sind, vertheilen 40 solche von 10
und über 10 Proz. und 37 solche von unter 10 Proz.
Bis auf einige Ausnahmen haben die meisten derselben
höhere oder die gleichen Dividenden wie 1897 vertheilt.
Die Zahl der Gesellschaften mit niedrigeren Dividenden
als solche von 5 Proz. und jene, die überhaupt nichts
an ihre Aktionäre vertheilt, ist äußerst gering und
die Ursache davon liegt entweder darin, daß der Gewinn
in das Unternehmen wieder hineingesteckt wurde zwecks
Erweiterung der Anlage oder Vermehrung der Betriebs-
mittel oder in Verlusten zc.

In zahlreichen Berichten wird angeführt, wie schon
in früheren Jahren, daß die „Löhne gestiegen seien“,
aber es wird nicht ausdrücklich festgestellt, daß auch die
Gewinne gestiegen sind. Dieses verschiedene Verhalten
der Herren gegenüber dem Kapital und der Arbeit fällt
Allen auf, welche sich mit diesen Dingen beschäftigen
und in der „Berg- und Hüttenarb.-Ztg.“ ist dazu eine
recht hübsche Illustration gegeben worden durch Gegen-
überstellung der Kapitalgewinne aus verschiedenen Jahren
und des verschiedenen Steigens des Gewinnes und des
Lohnes. In ersterer Beziehung gibt das genannte
Blatt folgende Uebersicht. Es hatten Ueberschüsse:

	1895	1898
Gelsenkirchener B.-G. (von Jan.—Sept.)	3,576,274	6,420,152
Pibernia B.-G. (von Januar—Sept.)	3,288,651	4,409,547
Sarpen B.-G. (von Juli—September)	946,000	2,128,138
	1897	1898
Nordstern B.-G. (von Juli—September)	558,905	763,800
Essener B.-V. König Wilhelm (Sept.)	151,187	153,409
Königsborn B.-G. (September)	91,297	94,509

Die andere Tabelle betrifft nur die Harpener Ge-
sellschaft und den wachsenden Antheil, welchen an dem
Mehrergebniß Arbeit und Kapital hatten. Dividende
und Lohn als Ganzes gleich 100 angenommen, betrug
der Antheil jeder Partei:

	Aktionäre	Arbeiter
1893 . . .	14,98 Proz.	85,02 Proz.
1894 . . .	15,44	84,56
1895 . . .	19,69	80,31
1896 . . .	22,63	77,37
1897 . . .	23,97	76,03

Dazu bemerkt die „Berg- und Hüttenarb.-Ztg.“
sehr richtig: „Der Bergmann, welcher unter Mühe und
großer Lebensgefahr die Reichthümer schafft, erhält
immer weniger und die nichtstehenden Aktionäre stecken
immer größere Antheile ein. Wie will man diese Un-
gerechtigkeit rechtfertigen? Man kann es nicht, daher
schreit man nach Anbelegungssetzen für die Arbeiter,
um die „begehrliche Masse zur Ordnung“ zu bringen.
Wir möchten sehen, wie es mit der Bergmannsbezah-
lung ausfähe, wenn wir nicht fortgesetzt die öffentliche
Meinung auf die Vorgänge im Bergbau lenkten.“ Das
Gleiche ist zu sagen in Bezug auf die Arbeitsverhält-
nisse in der Metall- und Maschinenindustrie, wie in
Gewerbe und Industrie überhaupt.

Wenn oben gesagt ist, daß das verschiedene Ver-
halten der Unternehmer gegenüber dem Steigen der
Löhne und dem der Profite Allen auffällt, welche sich
mit diesen Dingen beschäftigen, so gilt das offenbar
nicht von den Regierungsvertretern, vorab nicht von
den Ministern. Wie f. Z. Herr v. Bötticher anläßlich
des Hamburger Hasenarbeiterstreiks mit dem Tagelohn
von 4 M. 20 Pfg. paradierte, er, dessen Tagelohn
mehr als 100 M. betrug, so hat jüngst sein Nach-
folger, Graf Rosadowshy, das Gleiche im Reichstage
gethan. Insbesondere hat er bei der Behandlung der
Fleischtheuerung auf die gestiegenen Löhne hingewiesen.
Ein solches Verfahren ist sehr einseitig. Einmal kann
man gar nicht von allgemeinen Lohnerhöhungen reden,
weil solche in der That nicht stattgefunden haben und
daneben sogar Lohnreduktionen eingetreten sind und so-

*) Wegen Raumangel verspätet.

dann hat man es trotzdem zum größten Theile mit niedrigen Löhnen zu thun, auch wenn sie früher etwas erhöht worden sein mögen. Wenn Tagelöhne von 2, 2.50, 2.80 Mk. u. um 10 Proz. erhöht werden, so macht diese „Lohnerhöhung“ 20 Pf., 25—28 Pf. aus und diese so erhöhten Löhne betragen dann 2.20, 2.75 und 3.08 Mk., sind also doch noch sehr dürftige Löhne, die nur für den nackten Lebensunterhalt reichen. Aber weder Herr v. Bötticher, noch Graf Posadowsky, noch ein Anderer von dieser Seite hat jemals die hohen Gewinne und die von Jahr zu Jahr fortbauenden erheblichen Gewinnsteigerungen auch nur mit einem Worte erwähnt, geschweige denn den Unternehmern vorgehalten, um dadurch ihre tausendfachen Klagen und Beschwerden, Wünsche und Forderungen zu entkräften. Darin offenbart sich auch die ganze, auf die Unternehmer- und allgemeinen Besitzesinteressen berechnete Einseitigkeit der Regierungspolitik.

Nun, was von dieser Seite aus nicht geschieht, das thun wir, indem wir sowohl den Arbeitern selbst als auch andern Leuten zeigen, was das Kapital „verdient“, wie hoch die „Entbehrungslöhne“ der Unternehmer sind. Und darin liegt ein besonders großer Werth solcher Uebersichten, wie sie unser Artikel bietet, abgesehen davon, daß sie die Arbeiter darüber belehren, um wie viel höher ihre Löhne sein könnten, wenn ihnen nicht ein so großer Theil der Früchte ihrer Arbeit in Gestalt der Profite vorenthalten würde.

Tätigkeitsbericht für den Agitationsbezirk Brandenburg und Pommern.

II.

In den Monaten Juli bis Dezember 1898 wurden 52 Orte besucht, wofür 173 Reisetage erforderlich waren. Innerhalb des Bezirkes (mit Einschluß von Lauchhammer, Burghammer und Prösen, welche Orte zum Tätigkeitsgebiet gehören, geographisch dagegen nicht zum Bezirk) wurden 50 Orte, außerhalb desselben 2 Orte besucht, für letztere 5 Reisetage verwendet. Von den 52 Orten haben 35 bereits Verwaltungen, während 15 keine Verwaltungenstellen haben. Von letzteren sind in 5 Orten Einzelmitglieder, die zum Theil nach Stuttgart, zum Theil an die nächst gelegenen Verwaltungen ihre Beiträge einbrachten. Es bedarf wohl kaum der Erwähnung, daß ich allein die 172 Reisetage im Halbjahr nicht leisten konnte, und wie früher auch (namentlich Sonnabends und Sonntags) andere Kollegen mit eingriffen.

Darüber gibt nachstehende Aufstellung Auskunft. Es erfolgte Reisetage

auf den Monat	davon selbst geleistet	durch Andere
Juli	32	26
August	29	21
September	43	24
Oktober	25	20
November	21	19
Dezember	22	18
	172	128
		44

Am häufigsten besucht wurden: Torgelow (20 Reisetage), Lauchhammer (15 Tage), Stettin (14 Tage), Prösen (9 Tage). Sodann folgen 9 Orte mit je 4—7 Reisetagen, der Rest mit 1—3 Reisetagen. In Torgelow fanden eine Anzahl Werkstättenversammlungen, öffentliche Versammlungen, sowie Kontrolle der Kasseneinträge statt. In Lauchhammer waren durch die Saalabtreiberei Branchenversammlungen erforderlich. In Stettin wurde der Versuch gemacht, das Verlorene durch außerordentliche Agitation wiederzugewinnen, und endlich in Prösen war für den Anfang gleich nach der Errichtung der Verwaltung ein häufiger Besuch nötig. Im Uebrigen haben die Besuche den verschiedensten Zwecken gedient: Agitations-Versammlungen, Branchen- und Werkstätten-Versprechungen, Sitzungen, Informationen und Revisionen. Im Einzelnen darüber zu berichten, würde viel zu weit führen, es folgt weiter unten vielmehr eine Uebersicht über die allgemeinen Gesichtspunkte, von denen die Agitation geleitet wurde.

Die Korrespondenz war eine sehr ausgedehnte, wie nachstehende Aufstellung zeigt:

	Post-Eingänge	Post-Ausgänge
III. Quartal	286	511
IV. „	232	396
Summa	518	907

Dieser zahlenmäßige Ausweis dürfte zur Genüge beweisen, daß eine rastlose Thätigkeit entfaltete wurde. In welcher Richtung sich dieselbe bewegte, sollen die nachstehenden Ausführungen zeigen.

Zunächst die Differenzen mit den Unternehmern und deren Schlichtung. In Forst brach ein Streik der Former aus, der in 8 Tagen zu Gunsten der Ausständigen beigelegt wurde. Ferner fanden Maßregelungen in Landsberg, Lauchhammer, Torgelow und Anklam statt. Dieselben wurden durch Unterstützung und anderweitige Unterbringung der betreffenden Kollegen erleichtert. Zu Differenzen führte ferner das Streben nach Verkürzung der Arbeitszeit in Cottbus und Gassen. Während in Cottbus (Maschinenfabrik Akt.-Ges.) die 10stündige Arbeitszeit bewilligt wurde, ist die Bewegung in Gassen am Schluß des Jahres noch im Gange gewesen. Ueber alle diese Vorgänge ist in Einzelkorrespondenzen aus den betr. Orten schon berichtet.

Sodann wurden in Folge der Odenhauser Rede eine Reihe von Protestversammlungen abgehalten und zwar in Brandenburg, Cottbus, Elsterwerda, Finsterwalde, Forst, Fürstentum, Gassen, Greißwald, Landsberg, Neu-Huppin, Nowawes, Potsdam, Prösen, Spremberg, Stettin, Stralsund, Torgelow, Wriezen.

Die Hauptaufgabe der Agitation hat sich natürlich auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erstrecken. Hier ist nach zwei Richtungen hin eingegriffen worden. In erster Linie sind für die Orte, an welchen niedrige Arbeitslöhne die Löhne anderer Orte ungünstig beeinflussen, Feststellungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorgenommen worden und dementsprechend zunächst Besuche um Verbesserung an die Unternehmer gerichtet. Da diese Bewegungen bisher noch in keinem Fall abgeschlossen sind, begnügte ich mich für diesmal mit der einfachen Erwähnung der Thatsache. Sodann sind Versuche auf Erzielung verkürzter Arbeitszeit gemacht worden, und zwar ist in allen Fällen der Gewerksverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter (Hirsch-Dunder) zur Mitarbeit aufgefordert worden. Da die dabei gemachten Erfahrungen von hohem allgemeinen Interesse sind, will ich dieselben etwas ausführlicher behandeln. Der Anfang wurde in Wriezen a. O. gemacht. Hier existirt nur eine Fabrik, welche etwa 45 bis 50 Arbeiter beschäftigt. Davon waren seinerzeit 22 im D. M. V. und etwa ebensoviel im Gewerksverein organisiert. Es gelang nach einigen nicht sehr ruhig verlaufenen Sitzungen doch, ein Geuch von beiden Organisationen unterzeichnet zu Stande zu bringen und einzureichen. Der Erfolg war, daß die Forderung: 10stündige Arbeitszeit und 50 Proz. Zuschlag für Ueberstunden bewilligt wurde. Hierbei sei bemerkt, daß für einen Theil der Arbeiter der Zuschlag in dieser Höhe schon gezahlt wurde, diese letztere Forderung also nun auf alle Arbeiter ausgebeht ist. Nach Wriezen: Cottbus. Wie oben erwähnt, ist hier die 10stündige Arbeitszeit zunächst in der „Aktienbude“ bewilligt. Es haben auch hier gemeinschaftliche Sitzungen stattgefunden und auch hier gemeinschaftlicher Antrag auf Einführung der 10stündigen Arbeitszeit und 25 Prozent Zuschlag auf Ueberstunden.

Nach Bewilligung des Zehnstundentages nun nahm die Sache eine andere Wendung: der Zuschlag sollte noch durchgefochten werden und hatten beide Organisationen an ihre Zentralleitung die Ankündigung des Angriffsstreiks beschlossen, falls diese Forderung abgelehnt würde. Die Forderung wurde abgelehnt — aber hier und da kleine Aufbesserungen der Löhne vorgenommen. Nun fand noch eine Sitzung statt, von der ich nicht unterrichtet wurde, bei der auch ein Theil unserer Anhänger fehlte, und da wurde beschlossen, sich vorläufig zufrieden zu geben mit dem, was erreicht ist. Auf mich hat die Sache den Eindruck gemacht, daß die Herren vom Gewerksverein noch viel steiferes Rückgrat bekommen müssen, wenn ein ferneres gezieltes Zusammenarbeiten in Cottbus möglich sein soll.

In Cottbus, das muß betont werden, denn ach! nach Cottbus: Nur Mißerfolge über Mißerfolge, mangelndes Entgegenkommen, schroffes Abweisen, ja direktes Entgegenarbeiten! Gleich von vornherein will ich nach diesen Worten meine Meinung dahin aussprechen, daß stets die Leute am Orte mir die Schuldigen zu sein scheinen, nicht aber der Zentralrat! Zur Sache: In Prenzlau fand sich ein Mitglied des Gewerksvereins, welches begeistert von der Sache, in der Mitglieberversammlung seiner Organisation beantragen wollte, ein gemeinschaftliches Geuch auf Einführung der 10stündigen Arbeitszeit einzureichen. Er that's und es erfolgte einfache — Ablehnung seines Antrages. Die Herren scheinen sich bei 11 und 12 Stunden Tagesarbeit riesig wohl zu fühlen. In Landsberg a. Warthe war die Ablehnung des Zusammenarbeitens noch schroffer: Man antwortete nicht einmal! In Gassen herrscht laut Fabrikordnung 11stündige Arbeitszeit, es wird aber fast jabrelang ununterbrochen täglich eine Ueberstunde gemacht, häufig noch mehr. Hier fanden Verhandlungen statt. Die Herren vom Gewerksverein konnten sich jedoch nicht entschließen, die 10stündige Arbeitszeit mit zu beantragen, sondern nur die 11stündige. Das heißt also: Nur Abschaffung der Ueberstunden; Zuschlag zu beantragen, wurde ebenfalls abgelehnt. Um nicht ganz vergebens gearbeitet zu haben, wurde den Wünschen der Gewerksvereiner Rechnung getragen. Der Ausgang der Sache fällt in's Jahr 1899 und gibt ein Bericht in dieser Nr. der „M.-Ztg.“ Auskunft. In Stralsund scheint man durch allerhand Ausflüchte den Verhandlungen ausweichen zu wollen. In Spremberg ging man Anfangs auf Verhandlungen ein, ließ aber nachher die Sache fallen. Ganz allgemein habe ich die Erfahrung gemacht, daß überall, wo der Gewerksverein mehr Mitglieder hat als wir, die Sache vollkommen scheitert. Noch in anderer Beziehung sind die Erfahrungen mit dem Gewerksverein von Interesse, welche im dritten Theil meines Berichtes neben Anderem folgen werden.

S. Rohrlach.

Bericht über die Landeskongress der Metallarbeiter Sachsens.

Abgehalten am 5. März im Saale des Coburger Hofes zu Leipzig.

Die Kongress wurde durch den Kollegen Böhme, Korrespondent für Nordachsen, eröffnet. Zuvor Bureau wurden gewählt: Zu Vorsitzenden Schiemann (Leipzig-Z.) und Weber (Chemnitz), zu Schriftführern Scheib (Leipzig-W.) und Aurich (Alt- und Neugersdorf) und Hecht (Dresden). Anwesend sind nach dem Bericht der Mandatprüfungskommission 39 Delegirte, ferner Sekretär Reichel als Vertreter des Vorstandes und Kollege Leber-Jena als Gast.

Als 1. Punkt der Tagesordnung wird die Arbeitslosenunterstützung behandelt. Hiezu erhält Krause-Chemnitz als Referent das Wort. Derselbe rechtfertigt in längerer Ausführung die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und führt die verschiedenen Gründe für die Arbeitslosenunterstützung ins Feld. Nach seiner Ansicht würde mancher Kollege in den Werkstätten anders handeln und denken, wenn er sich bewußt wäre, Unterstützung erhalten zu können. Die Fluktuation der Mitglieder würde dadurch beseitigt werden. Den Beweis für dies letztere versucht er durch die Vorführung von Zahlen anderer Gewerkschaften zu erbringen, indem er gleichzeitig auf die Leistungen der letzteren mit hinweist. Den Gegnern der Arbeitslosenunterstützung, die behaupten, wir würden durch die Einführung dem Staate die Verpflichtung abnehmen, müsse er gegenüberstellen, daß es wohl erreicht werden könne, eine derartige Unterstützung vielleicht zu erhalten, aber jedenfalls müßten die Arbeiter die Mittel dazu aufbringen. Auch werden die Fabrikriellen kein besonderes Interesse an dem Ausbau der sozialen Gesetzgebung nach dieser Richtung bekunden. Die Kasse des Verbandes könne auch jetzt geprengt werden ohne Arbeitslosenunterstützung, wenn der § 2c des Statuts in Anspruch genommen wird. Wenn eventuell eine Krisis eintreten würde,

würde bis dahin durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und der damit verbundenen Erhöhung der Beiträge ein festes Fundament vorhanden sein. Auch die Frauenfrage müsse mit in Betracht gezogen werden; die Frauen würden viel eher für die Verbandsinteressen zu haben sein, wenn sie wissen, daß ihnen was geboten wird. Der Kampfescharakter würde durch die Einführung nicht genommen werden. Betrachte man die amtlichen Statistiken, so finde man, daß die Metallarbeiter mit den niedersten Prozentatz der Arbeitslosigkeit stellen. Der Antrag des Vorstandes sei jetzt sympathischer als er vor zwei Jahren gewesen. Bei der Einführung der Arbeitslosenunterstützung wäre vielleicht Rücksicht zu nehmen, daß den älteren Mitgliedern die Zeit ihrer Mitgliedschaft angerechnet wird und die Unterstützung für diese steigende Tendenz erhält. Die Frage des Arbeitsnachweises bedinge die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Zum Schlusse erjucht er um Annahme der untenstehenden Resolution.

Hierauf erhält der Korreferent Kollege Haak-Dresden das Wort. Derselbe tritt den Ausführungen Krause's entgegen. Wenn die Stimmung dafür eine bessere sei, so liege dies an der großartigen Agitation, wie sie seit zwei Jahren betrieben wird, insbesondere mit durch den Vorstand. Man habe ja auch im Fachorgan fast lediglich nur Raum für die Beschwörter übrig gehabt, aber trotz alledem sei die Gegnerschaft eine starke zu nennen, er als Gegner der Arbeitslosenunterstützung im Prinzip bezeichnet die eventuelle Einführung derselben als einen Zug nach rechts. Einen Beweis, wie weit es mit dem Unterstützungsweifen kommen kann, bietet die Buchrunderorganisation mit ihrer Tarifgemeinschaft. Den Unternehmern werden Konfessionen gemacht. Die von allen Anhängern angeführte Fluktuation liege nicht in der Arbeitslosenunterstützung, sondern sei zu suchen im Verwaltungsweifen und in der ungenügenden Agitation; desgleichen auch in dem Gegeneinanderarbeiten der Organisationen innerhalb des Berufes. Anstatt der staatlichen Unterstützung plane man die volle Selbstunterstützung. Wollte man den Leuten vielleicht auch glauben machen, daß bei der geplanten Unterstützung von 6 Mk. die Verelendung aufgehoben würde? Ein Vergleich, wie ihn Krause gezogen mit anderen Organisationen, sei bei uns nicht zutreffend, unsere Organisation sei groß geworden im Kampfe gegen die Unternehmer. Die Erhöhung der Beiträge werde die Agitation auf dem Lande erschweren. Die Mitglieder werden auf falsche Bahnen gelenkt. Die Ansicht Krause's, daß der Arbeitsnachweis die Arbeitslosenunterstützung bedinge, könne er nicht theilen. Zum Schlusse seiner Ausführungen drückt er seine Verwunderung aus, daß der Vorstand zur diesmaligen Konferenz einen Vertreter schickte, da doch sonst niemals einer dagewesen sei.

Nach der Mittagspause wird in die Diskussion eingetreten, an der sich auch der Verbandssekretär Reichel theilnimmt, um die Ansichten des Vorstandes klar zu legen. Für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung sprechen die Kollegen Hover-Blauen, Weber-Chemnitz, Schiemann-Leipzig und der Delegirte von Zittau; für fakultative Einführung die Kollegen Schuster-Crimmitschau und Enghardt-Benig, gegen Einführung die Kollegen Böhle-Leipzig-West, Undeutsch-Wittweida, Klemm-Limbach, der Delegirte von Großschönau und Scheib-Leipzig-West. Nach den Schlussworten der Referenten gelangt eine von Krause gestellte Resolution nachfolgenden Inhalts mit 23 gegen 15 Stimmen zur Annahme:

„Die Landeskongress der sächsischen Metallarbeiter erklärt sich für Einführung der Arbeitslosenunterstützung im deutschen Metallarbeiterverband und erwartet von der Generalversammlung in Halle die Einführung derselben auf Grund der vom Vorstand dazu gestellten Anträge.“

Ferner gelangt eine zweite Resolution zur Annahme folgenden Wortlauts:

„Die heutige Landeskongress der Metallarbeiter beschließt, im Falle der Annahme der Arbeitslosenunterstützung eine Urabstimmung bei den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiterverbandes in diesem Punkte herbeizuführen.“

Zum 2. Punkt der Tagesordnung erstattet Weber-Chemnitz den Agitationsbericht. Er verweist auf den Beschluß der letzten Konferenz über die Anstellung eines bejoldeten Korrespondenten. Der Vorstand habe dies aus statutarischen Gründen abgelehnt. Dresden habe eine Agitationskomitee eingesetzt, wodurch in diesem Bezirk besser gearbeitet worden sei. Durch die Beurteilung des Kollegen Hausmann-Dresden habe sich der Korrespondent veranlaßt gefühlt, Fragebogen auszufüllen, worin Erkundigung über die Handhabung des neuen Vereinsgesetzes eingeholt wurde. Verhältnismäßig seien ja die schlimmsten Verhältnisse nicht eingetroffen. Abgehalten wurden 77 öffentliche und 17 Werkstättenversammlungen. In 5 Fällen sei die Aufforderung an die Mitglieder zum Verlassen des Saales gerichtet worden. Der Kollege Krause sei mit 60 Mk. Geldstrafe belegt worden, weil er in einer Werkstättenversammlung, die nicht angemeldet war, Aufnahmezettel zum Deutschen Metallarbeiterverband ausgelegt und zum Beitritt aufgefordert hat. In Benig mußten die Mitglieder von der Versammlung ausgeschlossen werden, wo ein einfaches Referat über die Unfallversicherungsgesetzgebung gehalten wurde. Der Begriff von Politik sei bei den Behörden verschieden; es liege einfach in Händen der Polizei, was für Maßnahmen getroffen werden. — Erfolg sei auch durch die Anstellung von bejoldeten Geschäftsführern erzielt worden.

In der Diskussion empfiehlt Schramm-Leipzig, desgleichen Böhme die Anstellung eines bejoldeten Korrespondenten und die Herausgabe einer Broschüre.

Föllner und Haak-Dresden, sowie Scheib und Böhle-Leipzig-W. sprachen gegen die Anstellung eines bejoldeten Korrespondenten, empfahlen die Einsetzung von Agitationskommissionen, denen die nötigen Zuschüsse vom Vorstand geleistet werden sollen. An der weiteren Debatte theilnehmen sich noch Kollege Stüdel und Krause-Chemnitz, Schuster-Crimmitschau und Michaelis-Groitzsch.

Eine Resolution der Delegirten von Leipzig-Zentrum auf Herausgabe einer Broschüre durch den Vorstand wird angenommen; abgelehnt die Resolution Leipzig-Zentrum betreffs Anstellung eines bejoldeten Korrespondenten. Angenommen wird hierauf noch ein Antrag Scheib-Leipzig-West: Die Landeskongress wolle beschließen, Agitationskommissionen einzusetzen, der Generalversammlung nach gehörtem Bericht des Vorstandes den Antrag zu unterbreiten, zur besseren Durchführung der Agitation den Vorstand zu beauftragen, den Agitationskommissionen Geldmittel zur Verfügung zu stellen.

Nach einem fernigen Schlusswort und der Wahl des Ortes Döbeln zur nächsten Landeskongress wird die Kongress Abends 7/8 Uhr durch den Kollegen Schiemann geschlossen.

Eine Arbeiterorganisation.

Durch einen glücklichen Umstand sind wir in den Besitz des Mitgliederverzeichnis des Nürnberg-Fürther Metall-Industriellen-Verbandes gelangt. Da dasselbe ohne Zweifel für unsere Kollegen von großem Interesse ist, so möge ihm in der Metallarbeiterzeitung ein Plätzchen gegönnt sein.

Verzeichnis der Mitglieder des Verbandes der Metallindustriellen von Nürnberg-Fürth und Umgebung.

Table listing members of the Metallindustriellen-Verband with columns for name, address, and location. Includes names like Kaspar Berg, Richard Brak, Justus Christian Braun, etc.

Was leisten die Buchdrucker für Streiks?

In der Diskussion, die in letzter Zeit in der M.A.-Ztg. über die Arbeitslosenunterstützung geführt wurde, waren auch die Buchdrucker der Gegenstand von Angriffen; es wurde bezweifelt, daß dieselben für Lohnkämpfe, Streiks u. s. w. besonders geeignet hätten.

Table showing financial data for the book printers' strike fund, including years 1894, 1895, 1896, 1897 and a total sum.

Table showing financial data for other craft guilds, including years 1894, 1895, 1896, 1897 and a total sum.

Zur andere Gewerkschaften u. s. w. beziehen wir die Mandation... Da aber bekanntlich die Solidaritätsbeziehungen für Ausländische Arbeiter seitens der Gewerkschaften...

1898 schätungsweise mit heranziehen wollen, so greifen wir eher zu niedrig denn zu hoch, wenn wir eine halbe Million Mark als Kriegskosten für uns und andere Arbeiter bezeichnen...

Die Metallarbeiter aber verausgabten im Jahre 1897 91,322 Mk. für Konflikte der eigenen Organisation, welche zu Ende kommenden Jahres 59,890 Mitglieder zählte. Andere Gewerkschaften unterstützten die Metallarbeiter 1897 aus der Verbandskasse mit 13,400 Mk., die Buchdrucker dagegen...

Die Gegenüberstellungen wie auch der Vergleich, daß die Metallarbeiter 1897 mit ihren 59,890 Mitgliedern für eigene wie für die Streikzwecke anderer Organisationen ihre Hauptkasse um 104,722 Mk. erleichterten...

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Den Delegirten zur IV. ordentlichen Generalversammlung in Halle a. Saale diene hierdurch zur Nachricht, daß dieselbe in Osborg's Belleane (früher Hoffäger), Lindenstraße Nr. 78, stattfindet, und

Dienstag, den 4. April 1899, Vormittags 9 Uhr eröffnet wird.

Die provisorische Tagesordnung lautet:

- 1. Konstituierung der Generalversammlung und Wahl der Kommissionen. 2. Berichte des Vorstandes und Ausschusses. 3. Arbeitslosenunterstützung und Beitragserhöhung. 4. Statutenberatung. 5. Verbandsorgane und Wahl des Redakteurs. 6. Der III. Deutsche Gewerkschaftskongress. 7. Die Einigungsbestrebungen der organisierten Former und der deutsche Metallarbeiter-Verband. 8. Bestimmung der Höhe des Vorstandes und des Ausschusses und Wahl der Verbandsbeamten. 9. Regelung sonstiger Verbandsangelegenheiten und Anträge.

Sodann machen wir die Delegirten noch besonders darauf aufmerksam, daß die verfassungsmäßige Gerichtsbarkeit über die Verhandlungen der Generalversammlung an die Presse, laut einer von der Generalversammlung in Braunschweig einstimmig abgegebenen Erklärung, als mit den Pflichten eines Delegirten unvereinbar, nicht gestattet werden kann und zu unterbleiben hat.

Damit soll allerdings nicht gesagt sein, daß die Delegirten an die Zeitung ihres Ortes oder Bezirkes überhaupt nicht berichten sollen, dies ist wohl zulässig, aber es darf nur nicht in einer Weise geschehen, daß dadurch ihre und ihrer Nachbarn Aufmerksamkeit von den Verhandlungen abgezogen werden kann.

An die Zentralwahlkomitees richten wir hierdurch das Ersuchen, uns sofort nach Zusammenstellung der Wahlresultate den Namen Vor- und Nachnamen, den Beruf und die Wohnung der gewählten Delegirten mitzutheilen.

Sodann theilen wir den Delegirten mit, daß sich in Halle a. Saale das Lokalkomitee gebildet hat. Dasselbe übernimmt die Besorgung von Logis für die Theilnehmer der Generalversammlung und wollen sich alle die Delegirten, denen daran gelegen ist, gleich ein Logis angewiesen zu bekommen, umgehend wenden an den Vorsitzenden des Lokalkomitees Kollege

Es wird sich empfehlen, wenn die Delegirten in ihren diesbezüglichen Anträgen auf Wohnungsmittel gleich angeben, ob sie auf ein Gasthaus oder Privatlogis reflektieren und wie viel sie für dasselbe ausgeben wollen.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten: Nr. 140048 des Drehers Karl Kreuseber, geboren zu Groß-Diterleben am 18. September 1875. 230900 des Schlossers Ottomar Marjaleck, geb. zu Groß-Meerich am 12. Juli 1878. 254119 des Formers Franz Parter, geb. zu Hartmannsweller am 9. April 1867. 256933 des Schlossers Fritz Uebe, geb. zu Salbke am 17. März 1877. 266808 des Mechanikers Alfons Maigler, geb. zu Waldsee am 24. März 1881. 279785 des Eisendrechers Christoph Weiß, geb. zu Nürnberg am 7. Februar 1876. 288095 des Eisendrechers Johann Putenreus, geb. zu Klosterneuburg am 9. Januar 1878.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 7 a u. b des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Nürnberg, Sektion der Rothgießer u.: der Kerumacher Jakob Bächerle, geb. zu Nürnberg am 2. Februar 1871, B.N. 292,837; der Gürtler Georg Christel, geb. zu Nürnberg am 11. Mai 1869, B.N. 256,265; der Sieger Thomas Feut, geb. zu Nürnberg am 31. März 1860, B.N. 273,275; der Former Johann Hülsz, geb. zu Sulzbach am 12. April 1881, B.N. 279,270; der Kupfbohrer Joh. Marx, geb. zu Glaishammer am 15. Juli 1869, B.N. 273,231; der Former Gottlieb Schaaf, geb. zu Werdelshheim, am 2. Juli ?, B.N. 116,030; der Hilfsarbeiter Mich Schmidt, geb. zu Rohr am 22. März 1868, B.N. 273,279; der Schlosser Friedrich Thaler, geb. zu Nürnberg am 9. November 1875, B.N. 283,446; der Hilfsarbeiter Georg Walther, geb. zu Wiltenberg am 18. Oktober 1867, B.N. 279,253; der Hilfsarbeiter Josef Wälz, geb. zu Hettlingen am 14. April 1864, B.N. 256,261; der Schlosser Jean Weidinger, geb. zu Nürnberg am 7. Mai 1865, B.N. 273,262; der Former Georg Wittmann, geb. zu Nürnberg am 8. Mai 1866, B.N. 251,805; der Hilfsarbeiter Fr. Kaver Bierngiebel, geb. zu Tegernheim am 9. Dez. 1871, B.N. 279,254 wegen Streikbruchs.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Dessau: der Klempner Max Wagner, geboren zu Köthen am 7. Februar 1874, B.N. 278,157 wegen Verleumdung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Halle a. S., Sekt. der Former: der Former Friedr. Wittig, geb. zu Leipzig-Deutschn am 26. September 1837, B.N. 172,946 wegen Nichterhaltung einer verhängten Sperre.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Rathenow: der Pincenzarbeiter Emil Trütthler, geboren zu Rathenow am 7. Dezember 1866, B.N. 80,671 wegen Nichtachtung einer verhängten Sperre.

Gegen den Former Ludwig Fromer aus Koburg, Buch-Nr. 283824, liegt ein Auschlussantrag der Verwaltungsstelle Neumarkt i. D. wegen Zerschmettererei, Unterschlagung der Lokalkasse der Verwaltungsstelle Neumarkt i. Oberpf. vor und wird Fromer hierdurch zur Rechtfertigung bis spätestens zum 18. März aufgefordert.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160/1, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Quittung

über die vom 1. bis 28. Februar 1899 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

Table listing contributions from various locations: Ahlen i. W. 17,85; Altenburg 800; Altona 400; Anklam 41; Arnstadt 30; Aßchersleben 40; Aue i. S. 35; Berlin 2020; Bernburg 120; Brandenburg 600; Braunschweig, Schlosser 300; Bremen 140; Breslau 100; Büdelndorf 150; Chemnitz 800; Crimmitschau 250; Dessau 100; Debeln 80; Eisenach 100; Eisenach 50; Erfurt 171; Erfurt, Klempner 60; Eßen a. Ruhr 200; Etlingen 29,20; Flensburg 200; Forst N.-S. 100; Frankenthal 200; Frankfurt a. M. 600; Fürth: Allgem. 250; Schläger 400; Gera 200; Goldlauter 30; Gotha 100; Großsch 95; Gröna 160; Günstrow 30,60; Hamburg 2200; Hannover: Allg. 400; Klempner 70; Harburg 300; Hörde 35; Jyehse 52; Kiel 260; Leipzig 1285; Leipzig-West 1100; Limbach 30; Linden 180; Lübeck 350; Ludenwalde 120; Lüneburg 16,60; Magdeburg: 866,60; Eudenburg 400; Mannheim 650; Meissen 95,65; Merseburg 200; Mittweida 90; München: Former 250; Schlosser 795; Spengler 200; Zimmgeher 153,05; Rechts der Isar 100; Neumünster 170; Nürnberg i. Mecklenburg 70; Niebejebitz 90; Nordhausen 80; Nürnberg: Flaschner 300; Schleier 100; Oberkirch 14,90; Oldenburg 40; Osterwieck 23; Pforzheim 150; Pirna i. S. 45; Pöschappel 120; Rathenow 200; Riesa a. Elbe 260; Rostock 100; Ruhla 29,33; Saalfeld 100; Solingen 60; Schmiedling Doss 100; Schweidnitz 70; Stendal 40; Stettin 200; Stuttgart-Ostheim 100; Torgelow 250; Vegehad 60; Welsch 100; Wilhelmshafen-Bant 200; Zeitz 200; Zur: Erzgebirge 9; Reichendbücher 4,50; Protokolle der III. ordentlichen Generalversammlung 6,30; Zurückbezahlte Darlehen von der Verwaltungsmittelle Pforzheim 100; Zurückbezahlte Streikunterstützung von Seiffert-Düßeldorf 31,75; Zurückbezahlte Schuld von A. Probstmann-Erfurt 10; C. Großmann, Osterwieck 2; D. Kreße, A. i. en-berge 30; Sonstige Einnahmen 0,43.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden dringend gebeten, die vorstehende Quittung genau durchzusehen und etwaige Anstände sofort nach hier mitzutheilen.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Formex.

Alt- und Neugersdorf. In der am 11. März abgehaltenen Mitgliederversammlung des D. M. V., in welcher Kollege Kurich von der Landeskonferenz Bericht erstattete, wurde auch Stellung zum Formertag in Gotha genommen. Nach eingehender Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die in der heutigen Mitgliederversammlung der Einzelmitglieder des D. M. V. anwesenden Formex protestieren gegen die Einberufung des Formertages zu Ostern, weil sie die Zeit nicht für die richtige halten und erklären sich deshalb gegen die Beschlüsse, warten vielmehr die Generalversammlung des D. M. V. ab, die hierzu Stellung nimmt. — Der Streik der Formex bei der Firma Thiele u. Lindner dauert unverändert fort. Gegenwärtig arbeiten 10 Arbeitswillige in der Bude und zwar die Formex Bartisch, Bilch, Gruhn, Hoblich, Hunsal, Eger, Gerlach, Wesseler, Tierich und Reiche. 31 Formex befinden sich noch im Ausstand, die Anderen sind abgereist. Neulich bemühte sich auch der Gemeinbediener Grunke, zwei Arbeitswillige in die Gießerei zu schaffen; dieselben wurden aber von unseren Leuten abgegangen und kehrten wieder ab. Der Herr Ingenieur Ansohrge suchte neulich die Braut eines Formers, der zufällig hier auf Besuch war, zu überreden, ihren Einfluß beim „Schap“ dahingehend geltend zu machen, daß er hier Arbeit annehme, was aber nicht gelang.

Berlin. Die am Sonntag, den 5. März stattgefundenen Versammlung der Formex, welche von ca. 600 Kollegen besucht war, wählte zu dem Ostern in Gotha einberufenen Formertag 5 Delegierte, und zwar die Kollegen A. Körtgen, Carl Waffelsatich und L. Stopfad vom Metallarbeiter-Verband, und S. Müller und H. Zernide vom Zentralverein der Formex. — Ferner wurden die Kollegen durch einstimmigen Beschluß verpflichtet, in jedem Falle Bezahlung für unverschuldete Ausschüsse zu fordern, gleichgiltig, welche Maßnahmen daraufhin die Unternehmer treffen. Der Ausstand der Metallformex und Kernmacher der Firma Gäbert, an welchem 15 Kollegen beteiligt sind in Folge 25-40prozentiger Lohnreduktionen, wurde einstimmig gutgeheißen.

Camnatt. Sektion der Formex. In der am 4. März stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde als 2. Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zum Beschluß der Braunschweiger Kommission“ diskutiert. Es wurde hervorgehoben, daß in der am 29. Januar stattgehabten öffentlichen Formerversammlung der Beschluß gefaßt wurde, den geplanten Formertag zu beschicken, daß man aber damals noch nicht wußte, daß derselbe an Ostern, gleichzeitig mit der Generalversammlung des D. M. V. stattfinden sollte. Durch diesen Beschluß der Braunschweiger Kollegen sei es den im Metallarbeiterverband organisierten Formern unmöglich gemacht, den Formertag durch Delegierte zu beschicken, indem diese erst die Beschlüsse ihrer Generalversammlung abwarten müßten. Es wurden sodann die auf den Formertag bezüglichen Erklärungen der Vorstände des D. M. V. und des J. V. in der Metallarbeiterzeitung und im Gluck auf gelesen und darauf hingewiesen, daß daraus zu ersehen sei, daß die beiden Vorstände sich gegenseitig mißtrauten und es am liebsten sehen würden, wenn ein Formertag gar nicht stattfinden könnte. Allgemein wurde anerkannt, daß wenn es gelingen würde, die Formex in einer Organisation zu vereinigen, dies von großem Vortheil wäre, indem dadurch unsere Aktionsfähigkeit bedeutend gesteigert und wir eine Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage leichter erringen würden. Auch würden dadurch gewiß viele der Organisation bis jetzt noch fernstehende Kollegen für uns gewonnen werden. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung des D. M. V., Sektion der Formex, verurtheilt das Vorgehen der Braunschweiger Kollegen als voreilig und nicht geeignet, eine einheitliche Organisation unter den Formern herbeizuführen, indem es den im Metallarbeiterverband organisierten Formern unmöglich ist, einem an Ostern stattfindenden Kongress beizuwohnen, wodurch diese verhindert sind, ihre Meinung auszusprechen. Dagegen sind die Camnatter Formex bereit, einen später abzuhaltenden Formertag zu beschicken.“ Der 3. Punkt: „Besprechung der Mißstände in den hiesigen Gießereien und wie diese zu beseitigen“, wurde wegen vorgerückter Zeit bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt und den Vertrauensmännern zur Pflicht gemacht, bis dahin einen Bericht aus ihren Werkstätten zu geben.

Cottbus. Den Abwehrtreik in der Maschinenfabrik und Eisengießerei v. Welt (früher Knackstädt) verschuldete eine bedeutende Lohnreduktion. Herr Ingenieur Muth hat es sich zur Aufgabe gemacht, nicht eher zu ruhen als bis er die Alfordlöhne dahin gebracht hat wie in Liegnitz. Er erklärt, in Liegnitz selbst eine Gießerei geleitet zu haben. Wir wollen es ja dahin gestellt sein lassen, ob die Kollegen in Liegnitz für dergleichen Hungerlöhne arbeiten, wie es dieser Herr Muth behauptet, wir selbst zweifeln daran. Herr Muth hatte nun am Donnerstag, den 2. März, Früh dem Meister Genschel diese neue Lohnabelle unterbreitet. Dieser erklärte den Formern, daß von nun an nicht mehr nach der alten, sondern nach der neuen Tabelle bezahlt wird. Die Formex fragten sich nun, was haben wir dagegen zu thun? Als sie sich berieten betrat Herr Muth die Gießerei, als er aber die Formex zusammenfassen sah, flüchtete er auf sie los mit der Frage: Wollt Ihr nicht arbeiten? Wer nicht will, raus! Als ihm nun die Formex sagten, sie wünschten eine Auseinandersetzung wegen des Abzuges, da brüllte der Herr: Ich sage es nochmals, wer nicht sofort geht, macht sich des Hausfriedensbruchs schuldig. Nun blieb den 6 Formern nichts Anderes übrig, als schleunigst nach ihren Höfen zu greifen und die Gießerei zu verlassen. Da rief M. noch dem Meister zu, warum er eigentlich das sehe, er möchte doch zurufen und die Kerls rausjagen! Nun hatte dieser muthige Mann nichts Anderes zu thun, als an die Ortspolizei und an sämtliche andere Gießereien zu telephoniren, daß die Formex genannter Gießerei streiken. Als am Nachmittag zwei Kollegen nach dem Komptoir gerufen wurden, erklärte ihnen Herr Muth,

in Cottbus bekommt Ihr keine Arbeit, dafür habe ich gesorgt. Nun hat er ja selbstverständlich seinen letzten Trumpf auf's Spiel gesetzt. Die Formex aber hat dies Alles nicht gekürrt. Zur Kennzeichnung der ungeheuerlichen Zumuthung wird hiermit die von Muth ausgearbeitete Liste veröffentlicht. Es sind Abzüge von 15-62,5 Proz. (!)

Lohntarif der Firma G. Knackstädt (Fnh. R. Welt)

Table with columns: Alter Lohnsatz, Neuer Lohnsatz, per 100 kg, and items like Riemenscheiben, Konsole, Hänger, Steh- und Sellaerlager, Sohl-Lagerplatten, Konische Räder, Kolbenringe, Drahtseilscheiben, Seil- und Kettenrollen, Unterplatten, Ankerbalken, Kesselsfüße zc., Formkästen, Grubenbedel zc., Alle übrigen Maschinen- theile, Stirnräder bis 100 kg, darüber, Riemenscheiben nach Schablone, Riemenscheiben nach Schablone mit geliefert Kern.

Man sieht ohne Weiteres, daß gerade auf die schweren Stücke die höchsten Abzüge gemacht worden sind, also daß der Formex in dem Fall getroffen wird, wo er glaubt, mal ein paar Pfennige herauszuholen zu können. Denn daß bei dem leichten Kram nichts zu verdienen ist, weiß jeder Kenner. Thatsächlich hat der Verdienst der Formex auch vorher schon viel zu wünschen übrig gelassen; 40 Pfg. pro Stunde Durchschnitt für eine Stadt wie Cottbus sind eben nicht ausreichend. Statt Erhöhung bei gutem Geschäftsgang aber nun dieser Abzug von 15-62 Proz. Niemand kann es den Kollegen verargen, daß sie zum Neupfersten gegriffen haben. Am 7. März fand eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt. Kollege Rohrlach aus Berlin referirte. Es ist uns des Raumes wegen unmöglich, alle Einzelheiten hier wiederzugeben. Die Formex der anderen Fabriken erklärten sich solidarisch. Niemand wird die Weltliche Arbeit machen. Uebrigens haben auch die anderen Fabrikannten von Cottbus erklärt, daß sie die Modelle gar nicht zur Anfertigung annehmen würden. Die Verhandlungen haben sich jedoch wieder zerlegt, weil Herr Muth sich durch einen Artikel in der „Volksstimme“ beleidigt fühlte. Am Donnerstag ist Verhandlung vor dem Gewerbegericht — und kommt es dort vielleicht zur Verständigung. Die Formex allerwärts aber werden dringend gebeten Cottbus zu meiden.

Eslingen. Die Ursache des Streiks in der Maschinenfabrik und Eisengießerei von Fritz Müller ist in erster Linie der hiesigen Thätigkeit (September vorigen Jahres) gegen die Arbeiter sich äußerst human und entgegenkommend zeigte, hat er sich in letzter Zeit geändert. Am dritten Weihnachtstages lud er seine Arbeiter zu einem Faß Bier nach Camnatt ein. Bei dieser Gelegenheit machte er den Formern die Mittheilung, daß von der Firma 8 Formex engagirt seien, welche nach Neujahr eintreten und in Alford arbeiten würden. Er (Schwälenberg) sei kein Freund des Alfordsystems. Aber gerade in diesem Punkte zeigte sich die Zweideutigkeit des Meisters; wenn er der Firma gegenüber diesen Standpunkt vertreten hätte, wäre es nie so weit gekommen, die alte Arbeitsmethode durch das Alfordsystem ersetzen zu wollen. Vor etwa drei Wochen wurden die Formex bei der Betriebsleitung vortellig, diese geplante Aenderung nicht zur Ausführung zu bringen, dagegen die nachstehenden Forderungen anzunehmen: „Vereinbarung zwischen Herrn Fabrikant Fritz Müller hier einerseits und dessen Formex andererseits: 1. Die Arbeitszeit wird auf 10 Stunden ohne Wesperrpause festgesetzt und zwar von 7 Uhr Morgens bis 6 1/2 Uhr Abends. 2. Die Arbeiten werden in Lohn angefertigt. 3. Die Lohnzulage, von Zeit zu Zeit gewährt, wird direkt zum Lohn gerechnet. 4. Die Lohnzahlung findet jede Woche am Freitag statt. 5. Der Minimallohn für Formex unter 20 Jahren beträgt 56 Pfg. pro Stunde; für Formex von 20 bis 25 Jahr 40 Pfg., für ältere Formex 50 Pfg. 6. Für Ueberstunden wird ein Lohnzuschlag von 25 Proz. gewährt. 7. Für anständige Behandlung von Seiten der Vorgesetzten wird von der Firma gesorgt. 8. Um in Zukunft entstehenden Differenzen vorzubeugen, wird eine von den Arbeitern gewählte viergliedrige

Kommission eingesetzt. 9. Maßregelungen von Kommissionsmitgliedern dürfen unter keinen Umständen stattfinden. 10. Der 1. Mai gilt als Feiertag. Gegenwärtiges Uebereinkommen gilt für die Zeit vom 15. Febr. 1899 bis zum 28. Februar 1900 und gilt als bis zum 28. Februar 1901 verlängert, wenn nicht von einem der beiden Theile bis spätestens am 31. Januar gekündigt wird.“ Diese Forderungen wurden auch bis auf den Punkt 5 genehmigt und statt dessen eine den Leistungen entsprechende Lohnerhöhung in Aussicht gestellt. Der Friede ist leider nicht von langer Dauer gewesen, die getroffenen Vereinbarungen hatte die Firma nicht gehalten. Die Lohnzahlung, die jeden Freitag stattfinden soll, ist durch Zahlung eines Vorzuschusses illusorisch gemacht worden. Man suchte unter die Arbeiter Zwietracht zu säen dadurch, daß man einem Theil (Kommissionsmitgliedern) eine Lohnerhöhung gewährte. Diesen Kniff hat ohne Zweifel Schwälenberg ausgeheckt, denn er war es, der die anderen Arbeiter gegen die Kommissionsmitglieder aufzubetzen suchte, indem er ihnen wörtlich sagte: „Seht, auf Eure Kommission ist gespißt, die haben sich den Beutel gespißt, haben für sich gesorgt und Ihr seid die Dummen und habts nachsehen.“ Dann suchte man betrefis des Zuschlags für Ueberzeitarbeit die Sache dahin zu interpretiren, daß erst von 120 Stunden ab (pro 12 Arbeitstage) Ueberstunden mit Lohnzuschlag gemacht werden sollen. Nun ist es klar, daß auch ein Arbeiter einmal vom Geschäft abgehalten werden kann, sei es nun durch Feiertage, Hochzeiten oder Todesfall u. s. w. Geht ihm auf diese Weise ein Arbeitstag verloren, so bleiben ihm an normaler Arbeitszeit nur noch 110 Stunden übrig, er kann also in diesem Falle 10 Ueberstunden machen, ohne daß die Firma notwendig hätte, einen Lohnzuschlag zu gewähren. Dem Kernmacher Jahn, der schon 1/4 Jahr im Geschäft thätig ist und seit 1/4 Jahr 36 Pfg. pro Stunde bezieht, war eine Aufbesserung von 1 Pfg. zu Theil geworden. Am 4. März wurde derselbe beim Leiter der Gießerei vorstellig um weitere Zulage von 1 Pfg. pro Stunde, womit er aber nicht nur abschlägig beschieden wurde, sondern auch gemißmaßen den Stuhl vor die Thüre gesetzt bekam, indem man ihm zu verstehen gab: wenn es dir nicht paßt, so kannst du gehen, und nicht nur du, auch dein Bruder. Unter diesen Umständen hielten es die Vertrauensleute für geboten, zu interveniren und an die getroffenen Vereinbarungen zu erinnern. Da eine Verständigung nicht erzielt werden konnte, erklärten sich die sämtlichen Formex mit den beiden Arbeitern, welche an die Lust gesetzt werden sollten, solidarisch und legten die Arbeit nieder. Dieser Moment versetzte den jungen Chef der Firma in nicht geringe Wuth, so daß er sich mit Aussprüchen wie „Schweinebande“, „Sauferls“, „Buben“ u. s. w. Luft machte. In einer am 4. März abgehaltenen Versammlung, in der sämtliche Ausständige anwesend waren, wurde einstimmig beschlossen, an den Forderungen, wie sie schon früher gestellt waren, festzuhalten, und außerdem noch die Entlassung des Meisters Schwälenberg zu verlangen. — Wir ersuchen um strengste Fernhaltung des Zugangs!

Hannover. Auf der Tagesordnung der öffentlichen Formerversammlung vom 19. Febr. stand: 1. Stellungnahme zum Formertag eventuell Delegirtenwahl; 2. Berichterstattung vom Gewerkschaftsartikel und Delegirtenwahl. 3. Lohnfrage. Das Referat zu Punkt 1 erstattete Kollege Lehnert (Braunschweig). Nach Darlegung des bisherigen Verlaufes der Angelegenheit erklärte Redner, daß der Zentralverein in letzter Zeit bedeutende Fortschritte gemacht habe und kein Grund zum Uebertritt vorliege. Unverzagt (M.-V.) erklärt, daß er keine Spur von Hintergedanken gehabt habe, um Zwifligkeiten in die Organisationen zu bringen und ist der Meinung, daß die Formex nicht mächtig genug seien, um gegen das Kapital vorzugehen; er habe mit dem Kollegen Neupert den Mittelweg zu finden gesucht. Redner erkennt eine Verschmelzung beider Organisationen für das Beste, dann sei schneller und besser etwas zu bezwecken. Auch Wehle (M.-V.) hält eine Verschmelzung für das Beste. Kollege Stichnote ist der Ansicht, daß die Sachen der Formex im Metallarbeiterverband nicht so geregelt werden könnten wie im Zentralverein. Fenske (M.-V.) sagt, es müsse etwas Anderes geschaffen werden, sonst ließe der Formertag wieder so auseinander, wie er zusammen gekommen wäre. Bormann (M.-V.) ist der Ansicht, daß von beiden Organisationen Delegirte gewählt werden müßten, welches auch geschah. Von Seiten des Zentralvereins wurde Kollege Hünerbein und vom Metallarbeiterverband Kollege Wapendorf gewählt. Die anderen Punkte konnten wegen der vorgerückten Zeit nicht erledigt werden.

Heilbronn. Zwischen der Firma Julius Wolff u. Co., Maschinenfabrik und Eisengießerei, und den dort arbeitenden Formern sind ernste Lohn Differenzen ausgebrochen. Der Zug von Formern ist strengtens zu halten, da Herr Wolff in verschiedenen Zeitungen bereits Formex sucht, um womöglich die ihm unbecuemen Formex auf die Straße zu setzen. Dieselben sind sämtlich organisiert. Vor etwa vierzehn Tagen wurden einige jüngere Kollegen vorstellig, um eine Lohnaufbesserung zu erhalten, sie wurden aber in denkbar schroffster Weise abgewiesen. Als Herr Wolff sah, daß die Sache ernst werden wollte, machte er allerlei Ausreden, so z. B.: er werde das Geschäft „aufsteden“, da mit den Formern nichts mehr zu machen sei u. s. w. Was von dergleichen Drohungen zu halten ist, wird Jedem einleuchten. Nachdem andere Kollegen erneute Forderungen stellten und es ihnen ebenso erging, haben verschiedene Kollegen aufgehört, in diesem Eldorado zu arbeiten. Die Behandlung ist nichts weniger denn human. Die übrigen Kollegen erklärten sich mit den Ausgetretenen insofern solidarisch, daß sie energisch gegen die Verhältnisse in diesem Geschäft Front machen.

Sölk a. Rh. Der Zug nach der Gelbgießerei Rodenkirchen und Schmelzhüt, hier, Weichselhof 43, ist fern zu halten, weil Lohn Differenzen ausgebrochen sind.

München. Am 26. Februar tagte im Restaurant „Numforballe“ eine öffentliche Formerversammlung mit der folgenden Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Formertag in Gotha, Referent: Höchner. 2. Delegirtenwahl. Nach Wahl des Bureaus stellte Freiling den Antrag, Wechter als Korreferent anzuerkennen, was einstimmig geschah. Referent Höchner legt Eingangs seines Referats Verwahrung ein, daß er und Schwarz (Vorstand des J. V.) immer persönlich angegriffen werden, wie dies ihm aus letzter Versammlung der Sektion des D. M. V. berichtet wurde. Zur Tagesordnung übergehend, sagt Referent, daß er ganz entgegengegesetzter Meinung wie der Hauptvorstand des D. M. V. sei, daß die Formex Deutschlands jederzeit in der Lage und auch kompetent sind, über ihre Organisationsfrage selbst zu bestimmen, ergo ein Formertag unter diesen gegebenen Umständen berechtigt und auch beschlußfähig ist. Daß er für Einigung strebe, beweist sein früher gestellter Antrag, er

sei aber nicht für Förderung von Industrieverbänden, sondern Branchenverbänden oder eventuell gleich große Unions (Hinweis auf England). Die Zugeständnisse des Vorstandes des D. M.-B. gäben ihm keine Garantie, daß selbiges auch geschähe, und wenn auch, so ist ein Verwaltungsmitglied des einen in der Vorstandsschaft des anderen Verbandes gleich Null, denn eine Stimme wird immer, wenn man will, von der überwiegenden Mehrheit niedergestimmt. Das Gleiche treffe auch zu betreffs des Fachorgans. Er (Referent) ist der Ansicht, die Mitglieder haben wie drüben sollen aus ihrer Organisation austreten und einen eigenen Verband mit eigenem Verbandsorgan als Zweigverein des D. M.-B. gründen. Die Möglichkeit glaubt er damit beweisen zu können, daß er die Berliner Zugeständnisse anführt. Für Verschiebung des Formertages auf Pfingsten sei er nicht, denn die Generalversammlung des D. M.-B. beinträchtigt durchaus den Formertag nicht, denn die etlichen dort anwesenden Formerdelegierten seien zu ersehen, und was die Generalversammlung von dieser Sache für ein Resultat zeitige, wisse man so ziemlich, nämlich: Den Mitgliedern des Z.-B. steht es jederzeit frei, dem D. M.-B. beizutreten. Zum Schluß empfiehlt Referent, für seine Resolution, die er einbringen werde, zu stimmen und versteigt sich zu folgender Äußerung: Sie können uns niederstimmen oder nicht, deswegen thun wir (Zentral-Verein) ja doch was wir wollen, geschieht von hier aus nichts (von der Versammlung). Der Einsender, deswegen wird doch einer geschickt. Korreferent Bechter führte aus: Bevor ich in die Tagesordnung eingehe, muß ich die letzten Äußerungen des Referenten (die oben angeführt) in der Weise zurückweisen, daß er nicht glauben darf, er könne die Münchener Formier am Narrenfuß herumziehen, sondern was die heutige Versammlung in dieser Sache beschließt, ist als endgültig zu betrachten. In Deutschland beschäftigen sich die Formier zur Zeit mit den Einigungsbestrebungen, jedoch, wenn man die Versammlungsberichte des „Ständ Auf“, sowie den Artikel von Schwarz lese, so könnte bei einem wirklich die Meinung auftauchen, daß überhaupt keine ehrliche Absicht vorhanden ist, eine Einigung herbeizuführen, sondern daß die Streitart immer noch schärfer gelassen wird. Der Vorschlag Höchner ist zu verwerten, denn da hätten wir zu gewärtigen, daß sämtliche 29 Branchen des D. M.-B. sich als Zweigvereine mit eigenem Organ bilden wollten. Betrachten Sie doch die Organisation der Eisenindustriellen, da finden Sie gewiß keine Berufsparte. Darum haben Schlosser, Schmiede, Formier Hand in Hand zu geben, um einen Druck auf unsere Industriellen und auf die indifferenten Masse auszuüben. Zu dieser Einheit sollten endlich einmal die Formier auch kommen; schüteln Sie doch den Statengeist und den Personenkultus ab, dann können wir erst einig werden und dann sind wir so mächtig, um unsere Lage zu verbessern. Wenn Schwarz meint, im D. M.-B. würden die Formier untergehen, so kann er außer Sorge sein, denn bis jetzt sind wir noch nicht untergegangen und könnten uns auch nicht beschweren, daß unsere Interessen nicht vertreten wurden. Antolegal ist das Vorgehen der Braunschweiger Kommission, indem selbige gerade den Formertag einberuft, wo die Generalversammlung des D. M.-B. stattfindet. Gegen dieses Gebahren protestieren wir und mache ich am Schluß zur Einigung folgenden Vorschlag: Der Z.-B. der Formier trete in den D. M.-B. über. Der zweite Vorschlag in der Verwaltung des D. M.-B. ist vom Z.-B. zu befehlen. Die Arbeitslosenunterstützung ist an die Berechtigten des Z.-B. vom D. M.-B. auszuzahlen. Organ ist die Metallarbeiterzeitung, jedoch ist ein Hogen speziell für die Formier einzuführen. Am Ende seiner Ausführungen weist Bechter das Gebahren des Referenten Höchner zurück, indem selbiger den Kollegen Weipmann, der in der Cannstatter Versammlung referierte, als Handlungsgehilfe der Verwaltung des D. M.-B. mit 140 Mk Monatsgehalt bezeichnete und folgendes hinzusetzte: „Weissen Brod ich esse, dessen Lieb ich süge.“ Im Laufe der regen Diskussion sprachen sowohl die Kollegen Hanjen und Sagat (Mitglied des Z.-B.) die Ansicht aus, daß, wenn die Möglichkeit vorhanden, den Formertag auf Pfingsten zu verschieben sei. Die Münchener Kollegen sollten sich nicht ausschließen, den Formertag zu beschließen. Letzterer Kollege ist auch der Ansicht, daß sich beide Organisationen zu einem Verbände vereinigen sollten, und wenn Schwarz das Hindernis sei, so sollte derselbe wegbrechen, wir brauchen keinen Schwarz, es wird ohne Abscheu auch geben. Freisinger wundert sich über die jetzige Stellung Höchners gegenüber seiner früheren auf der Konferenz des Z.-B. in Remmingsen, der letzten öffentlichen Formierversammlung vom 11. Dezember 1898 und gegenüber seinem Antrag, der heuer auf der Generalversammlung des D. M.-B. diskutiert werden muß. Ferner stellte er fest, daß der Antrag Höchner in der oben angeführten Formierversammlung nicht angenommen wurde, sondern die einstimmig angenommene Resolution nur das bezweckte, daß die Einigungsbestrebungen mehr Verbreitung unter den deutschen Formieren finden. Zur Stellung zum Formertag übergehend, behaupte er das eigenmächtige Vorgehen der Braunschweiger Kollegen durch die vollständige Ignorierung der Generalversammlung des D. M.-B. und damit der in derselben vertretenen Formier, was den Zweck des Vorgehens der Braunschweiger vollständig leugnete. Auch sei die Wahl der Delegierten zum Formertag ungerecht, indem ein Formertag die Stärke der organisierten Formier repräsentieren sollte und dies ginge eben nur, wenn die beiden Vorstände Wahlabschlüssen nach einer bestimmten Anzahl herausgeben. Zuletzt sprach er dem Formertage die Kompetenz ab, da derselbe eine Majorität des einen oder des anderen Teiles nach sich ziehe, was zu einer Einigung nicht förderlich sein kann. Der Formertag sei auf Pfingsten zu verschieben, er ersucht die Anwesenden, seiner Propaganda zugunsten. Kollege Springer führte aus, daß er in der letzten Schlußversammlung nicht wie Höchner nicht den Z.-B. und dessen Vorstand, sowie Höchner, sondern lediglich die Braunschweiger Kommission, welche aus beiden Organisationen zusammengesetzt sei, kritisierte (dies bezüglichen die anwesenden Mitglieder des Z.-B.). Bezüglich Höchner habe er dessen Vorschlag resp. dessen Folgen für den Industrieverband behandelt, diese Ausführungen würden ebenfalls vernehmlich (siehe Metallarbeiterzeitung Nr. 9). Er betonte weiter, daß die Kommission, welche der Hauptvorstand des D. M.-B. dem Z.-B. machte, nicht so kleinlich sein, wie es der Referent anzudeuten, sondern daß es für die Formier ein Vorrecht sei, welches die anderen Branchen nicht haben. Referent führt dann fort, daß, wie durch die gegenwärtige kapitalistische Produktion das Kleinhandwerk befristet wird, es auch den vereinzelten Branchen-Organisationen nicht mehr möglich ist, gegen das kollektive Unternehmertum mit Erfolg zu operieren, daß vielmehr so wie wir in der Industrie beinahe beschäftigt sind, wir auch uns vereinigen müssen

gegen die übermächtigen Gegner. Wir hätten nicht nur dafür zu sorgen, daß die Formier organisiert werden, sondern die gesamten Arbeiter der Metallindustrie müssen wir in die Organisation bringen. Redner ersucht Höchner, in Zukunft, bevor er unsere Beamten und Agitatoren angreift wegen ihrer Thätigkeit, den Kollegen Grewig anzuzugeln wegen seiner Behauptung, daß wir eher mit Köpfern und Maurern uns vereinigen müssen. Das sei gewiß zum Mindesten auch nicht geistreich, denn wenn wir unsere Lage verbessern wollen, müssen wir unsere Forderungen bei den Metallindustriellen und nicht bei Bauunternehmern und Tischlermeistern geltend machen und wir organisieren uns nicht wegen handgrifflicher Leistungen. Auch Höchner sei früher nicht einverstanden gewesen mit dem Formertage, allein jetzt sei er umgefallen, weil eben die ganze Geschichte nichts sei als ein Fischzug gegen den D. M.-B. Man werde aber durch kräftige Organisation diesem Treiben entgegenwirken. Redner ersucht ebenfalls, für die Resolution Freisingers zu stimmen. Weber glaubt, daß es ein viel besseres Einigungsmittel sei, wenn die beiden Vorstände Schritte thun würden zur Vereinigung der Formier Deutschlands. Auch Teilsader (Z.-B.) kann sich für den Formertag unter diesen Umständen nicht erwärmen und meint, daß mit dem Formertag faktisch ein großer Mißgriff und Fehler gemacht worden ist. Er werde für die Resolution Freisingers stimmen. Martin hält die ganze Sache für Fintenfangerei und ist für die Resolution Freisinger. Höchner (Referent) führte zum Schluß aus, daß wenn die Formier einen eigenen Verband bilden, die Kosten auch nicht höher sein werden, als wie bisher bei ihnen (Z.-B.). Er korrigierte seine Anfangs gemachte Äußerung dahin, daß das nicht speziell für München gemeint sei, sondern für ganz Deutschland; geschieht es nicht im Süden, so werden desto mehr Delegierte im Norden gestellt, das ändere an der Sache gar nichts. Nur jetzt, weil die Einigungsfrage auf dem Tapet liege, fühle sich die Metallarbeiterzeitung bemüht, sich mit den Formieren abzugeben. Ist erst der Formertag herum, so werden Sie verläßt wenig mehr von den Formieren in derselben lesen (Das kommt nur auf die Formier selbst an; sie brauchen nur ihre Angelegenheiten einzuführen. Red.). Es stehen auch noch andere wichtige Punkte auf der Tagesordnung des Formertages (welche denn? Red.) und es ist eine Notwendigkeit, denselben zu beschließen. Redner ist nach wie vor kein Freund von Industrieverbänden und fordert die anwesenden Kollegen auf, seine Forderungen zu acceptieren (Zwischenruf Springers: Du treibst die Formier zum Selbstmord. Langanhaltender Beifall und Bravo!), indem sie seine Resolution annehmen. Bechter führte als Schlußwort aus: Der Formertag sollte auf Pfingsten verlegt werden, dann sei von Nichtbeschickung keine Rede und könne man dort auch etwas Erprobliches zu Tage fördern. Die Resolution Höchners wurde abgelehnt, Freisingers Resolution gegen 1 Stimme angenommen. Dieselbe lautet: Die heute in der „Humboldthalle“ tagende öffentliche Versammlung der Formier und Berufsgenossen protestiert gegen die Abhaltung des Formertages in Gotha und fordert die Formier Deutschlands auf, denselben nicht zu beschließen aus folgenden Gründen: 1) Durch die vollständige Ignorierung der Generalversammlung des D. M.-B. und die damit verbundene Verletzung der Formier in demselben kann der Formertag in Gotha nur als eine einseitige Stellung der Kommission betrachtet werden und spricht die Versammlung die Ansicht aus, daß der Formertag auf Pfingsten verlegt wird. 2) Sind die Versammlungen der Formier und Berufsgenossen auf einem Formertag kaum zu Stande kommen wird, ohne daß Wahlabschlüssen seitens der Hauptvorstände herausgegeben werden. 3) Ist unsere Ansicht, daß ein Formertag nur eine beratende Stellung einzunehmen hat, da jede Beschlusfassung desselben eine Majorität des einen oder des anderen Teiles nach sich zieht und dadurch ein Eingriff in die Organisation ist, was nicht zur Einigung führen wird.

Hessdelt u. d. Hdt. Bei der Firma Reich hier ist ein Streit der Formier ausgebrochen. Nur 2 Mann arbeiten noch. Zugang ist ferngehalten. Bericht folgt.

Härberg. Schudert-Streit. In unserem Streit hat sich b. j. jetzt noch keine Wendung bemerkbar gemacht. Die Direktion verläßt in einem hiesigen Blatt, die öffentliche Meinung dahin irre zu führen, als ob der Streit schon längst beendet wäre. Sie schreibt: „Angehörige der täglich wiederholten Aufkundigungen in dem hiesigen sozialdemokratischen Blatt, daß im Schudert'schen Establishement der Ausnahmehilfe fortbauere, ist darauf aufmerksam zu machen, daß ein Streit überhaupt nicht mehr besteht, da die Arbeiter ihre Reklamationen und Abkündigungen abgeholt und die Direktion dem bei ihr vorzüglich gewordenen Berufsagitatator Reichel auf seine Frage, unter welcher Bedingung die Firma die Wiedereingehabe der Arbeiter gestatten wolle, erklärt hat, daß sie von den ausgetretenen Arbeitern keinen Nach aufzunehmen in der Lage sei, und die Arbeiter deshalb am besten thäten, sich anderwärts nach Arbeit umzusehen.“ Darum könnte man meinen, die Firma hätte sämtliche Formierplätze schon besetzt. Daß dies aber nicht der Fall ist, kann man daraus ersehen, daß man alle erteillichen Mittelchen anwendet, um wenigstens die bis jetzt Kranken zu gewinnen. Ein bis jetzt kranker wurde von einem Arbeitswilligen derart bearbeitet, daß derselbe trotz seiner vorherigen Abkündigung für den Streit uns in den Händen fiel. Wir ersuchen, den Zugang streng fern zu halten!

Metall-Arbeiter.

Altenburg. Die Differenzen zwischen der Firma B. Weipmann und den in dieser Fabrik beschäftigten Drechern sind beigelegt und in die Sperrt über gesamte Firma aufgehoben. Die Herren Geßs haben sich veranlaßt gefühlt, den Drechern zu erklären, keine weiteren Entlassungen von älteren Arbeitern vorzunehmen, sowie auch den Arbeitern eine bessere Behandlung angeboten zu lassen. Das Vorgehen gegen ihre Arbeiter und der dadurch entstandene gerade nicht geringe Schaden dürfte der Firma wohl gethan haben, daß die besseren Arbeiter wohl in der Organisation zu suchen sind. Die Firma wird in Zukunft wohl zu vermeiden suchen, wieder in derartige Differenzen zu geraten.

Erlangen. Die Metallwarenfabrik von Bogt in Erlangen hat wiederholt Drüder einzustellen. Wir machen nun dieselben darauf aufmerksam, daß die bei Herrn Bogt beschäftigten Arbeiter zum Teil nur einen ganz geringen Prozentsatz ihres Lohnes am Faldtag erhalten haben, es sind nicht weniger als 10 Mann, die Zerbrungen von 10 bis 70 Mark stehen

haben. Der Herr Bogt hat sich geäußert: Die, welche noch Geld von mir bekommen, sollen es an's Bein binden.

Gassen. Die 12stündige Arbeitszeit in der Maschinenfabrik vorm. Th. Stöhr endlich zu befeitigen, darüber ist seit November v. J. ein ständiger Kampf der Arbeiter mit der Verwaltung ausgebrochen. In einer von mindestens 450 Personen besuchten Versammlung, die am Montag im Schützenhause stattfand, legte Kollege Kobrlach aus Berlin den Beginn und den Verlauf dieses Kampfes dar. Danach fand am 30. November v. J. eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, welche den Beschluß faßte, die Ortsverwaltung Gassen des D. M.-B. möge mit dem Gewerkeverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter (Hirsch-Dünder) gemeinschaftlich Schritte unternehmen, um eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen. Es fanden Verhandlungen statt. Von unsern Mitgliedern wurde vorgeschlagen, die Einführung der 10stündigen Arbeitszeit zu beantragen, und für jede Ueberstunde 25 Proz. Aufschlag zu verlangen. Das war den Herren vom Gewerkeverein zu viel auf einmal, und sie schlugen vor, die 11stündige Arbeitszeit schlankweg zu fordern. Es wurde von Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes sodann noch eine andere Eintheilung der Pausen vorgeschlagen, sodaß 10 1/2 Stunden und 25 Proz. Aufschlag für Ueberstunden zu beantragen wäre. Auch das war den Gewerkevereinskern noch zu viel, und so wurde denn beschlossen, die 11stündige Arbeitszeit zu fordern, diese jedoch mit allen Mitteln durchzusetzen, falls etwa ein abschlägiger Bescheid erfolgen sollte. Nach diesen Verhandlungen wurde dann der Arbeitersauschuß beauftragt, dem Herrn Direktor die Wünsche der Arbeiter zu unterbreiten. Das geschah. Die erste Antwort war ausweichend. Es sollte eine Versammlung im Hofe der Fabrik stattfinden. Alle Arbeiter sollten daran teilnehmen und da sollte abgestimmt werden, wer für 12 und wer für 11 Stunden sei. Dann tauchten wieder andere Vorschläge auf: Abstimmung durch die Meister in den einzelnen Abteilungen und schließlich Listenabstimmung. Sonderbarer Weise wurde keiner der Vorschläge ausgeführt. Man flüstert sich gegenseitig zu, daß die Fabrikleitung eine schmäblige Niederlage fürchtete. Dann war wieder Alles still. Nur der Metallarbeiterverband ruhte nicht. Es fand abermals eine Sitzung statt und wurde nochmals der Arbeitersauschuß vorstellig, um die Antwort in einer Versammlung zu verhandeln. Das ist geschehen. Die Antwort lautet: Schrotte, endgiltige Ablehnung, eine Verkürzung der Arbeitszeit einzuführen. Interessant sind die Gründe der Direktion. 1) Es seien Geschäftsabläufe gemacht. Bestimmte Arbeiten müssen fertig werden, bei Konventionalstrafe; 2) Die Konkurrenz lasse es nicht zu, die Arbeitszeit zu verkürzen. Der Referent weist nun nach, daß bisher in der Maschinenbranche noch bei jeder Verkürzung, besonders aber bei einer solchen von 12 auf 11 Stunden die Arbeitsleistung dieselbe geblieben ist, höchstens mit Ausnahme einiger Spezialarbeiten, bei welchen durch Mehrleistung von Arbeitern Ausgleich stattfinden könne. Ferner weist der Referent nach, daß die gesammte Konkurrenz der Firma Stöhr ohne Ausnahme weniger als 12, zum größten Teil nur 10, oder gar nur 9 Stunden arbeiten läßt. Es liege überhaupt im Interesse der Firma selbst, die Arbeitszeit zu kürzen, das beweisen die Erfahrungen in anderen Establishments zuletzt noch die der Akt.-Ges. für Maschinenfabrikation in Cottbus. Im Laufe der Unterhandlungen entwickelte der Herr Direktor seine Ansichten über Nationalökonomie, Sozialdemokratie, Volksgesundheit u. d. Daß dabei ganz krauses Zeug zum Vorschein kam, ist bei der Person des Herrn Direktors selbstredend. So kommt nach ihm die riesige Verbreitung der Schwindsucht nur von der Verkürzung (!). Es war dem Kollegen Kobrlach eine Kleinigkeit, an der Hand des statistischen Materials über Lungentuberkulose, Sterblichkeit u. d. diese Ansichten zu widerlegen, und die Gutachten von Fabrikinspektoren, Aerzten, Professoren wie Robert Vacker, Dr. C. Lewy, Dr. Petri, Prof. Dr. A. Bogt, Arnolds u. a. mehr zur allgemeinen Kenntnis zu bringen. Die Wirkung war eine überraschende: Es wurde einstimmig die weiter unten folgende Resolution angenommen; Niemand von den zahlreich anwesenden Werkmeistern und Buchhaltern hatte den Muth, auch nur ein Wort der Entgegnung vorzubringen. Besondere Entrüstung wurde in der Versammlung laut, als der Referent mitteilte, daß der Kollege Dreher Gilmann, der eine allerdings etwas ungehobene Äußerung, aber ohne jede beleidigende Absicht dem Herrn Direktor gegenüber hatte fallen lassen, sofortige Kündigung für die „Freveltthat“ eines allzureifen Wortes einleiten mußte. Ebenso ries es den lebhaftesten Unwillen der Versammlung hervor, die Arbeiter mögen sich doch von solchem Berliner Referenten keinen Fioh ins Ohr setzen lassen, der bekäme für seinen Vortrag seine 30 Mk. u. dampfe dann wieder nach Berlin. Die sozialdemokratischen Ansichten (von Schwindl soll sogar gesprochen worden sein) sind ja doch unüberwindlich. So also beleidigt der edle Mann die Freunde der Arbeiter; diese wissen, es ist Schwindl, wenn behauptet wird, für den Vortrag werden 30 Mk. gezahlt, und sie selbst werden für jedes freie Wort der Vertbeidigung auf's Pfahler gesetzt. Wabrlch, brutaler ist wohl noch selten gehandelt worden. Die Versammlung nahm einen glänzenden Verlauf, der Herr Direktor hat sich seine Niederlage geholt, ob's helfen wird, muß man abwarten. Auf alle Fälle sind weitere Schritte vorbehalten und für bald in Aussicht genommen. Die Resolution hat folgenden Wortlaut: „Die heutige Versammlung erklärt, daß es, wie in anderen Fabriken auch in Gassen möglich ist, die 10stündige Arbeitszeit einzuführen. Unter längerer Arbeitszeit leidet die Gesundheit der Arbeiter in jeder Beziehung, leidet das Familienleben der Arbeiter, ihre Ausbildung, wird die Erziehung der Kinder vernachlässigt. Die lange Arbeitszeit liegt auch nur scheinbar im Interesse der Aktionäre. Es wird durch die Verkürzung keineswegs der Prodit beschnitten, weil durch Erparnis der Fabrikkosten im Allgemeinen der Verlust aufgehoben wird. Daher fordert die Versammlung zunächst die Einführung der 11stündigen Arbeitszeit, im Zeitraume von längstens 1/2 Jahr aber die 10stündige und ferner einen Aufschlag von 25 Proz. für jede Ueberstunde. Endlich protestirt die Versammlung gegen die Kündigung des Drehers Gilmann.“ — Diese Resolution ist der Fabrikleitung per eingeschriebenem Brief zugesandt worden.

Carlsruhe. In der Geiger'schen Fabrik für Straßen- und Hausentwässerungsartikel sind die Zustände derartig, daß wir die Kollegen vor dieser Bude warnen müssen. Die Arbeiter werden dort in letzter Zeit wie Sklaven behandelt. Strafen und Abzüge sind an der Tagesordnung. Geringe Vergehen gegen die Arbeitsordnung werden mit 20 und 50 Hfg. geahndet, für Verschädigungen an Material oder Werkzeug werden Lohnabzüge gemacht. Merkwürdig ist es, daß die mißliebigen

Arbeiter davon am härtesten betroffen werden, während man bei den besser gesehenen ein Auge zudrückt. Aber noch ungerichter ist die Art und Weise, wie die Strafen festgesetzt werden. Die Firma, welche von den Arbeitern strenge Einhaltung der Arbeitsordnung fordert, hält es selbst nicht für nötig, den betreffenden Passus derselben über Festsetzung der Strafen einzuhalten. Beschwert sich Jemand über diese Strafen und Abzüge, so wird ihm geantwortet: Wenn es nicht paßt, der kann gehen. Trotzdem vierzehntägige Kündigungen bestanden, wurde kürzlich ein Arbeiter, der sich die Abzüge nicht gefallen lassen wollte, vom Betriebsleiter Buche sofort entlassen, aber später wieder von Herrn Geiger eingestellt. Vor kurzem wurden die Arbeiter mit einem sogenannten Ankleideraum bedacht, dazu wurde ein zum Herdteil bestimmter Raum genommen. In diesem Raum, abgesehen davon, daß er viel zu klein ist, läuft bei feuchter Witterung das Wasser an den Wänden herunter, dort sollten die Arbeiter die Kleider hinhängen. Es ließe sich ja noch Vieles gegen diese Einrichtung, welche in keiner Beziehung den Anforderungen eines solchen Raumes genügt, sagen, aber da sich die Firma durch den scharfen Widerstand ihrer Arbeiter gezwungen sah, nachzugeben, so möchten wir nur konstatieren, welche Zumuthungen die Herren an ihre Arbeiter stellen zu können glauben. Statt dieses Ankleideraumes wäre es besser, wenn dafür gesorgt würde, daß sich die Arbeiter ordentlich waschen können, nicht wie es jetzt geschieht, auf dem Hofe, denn es wird wohl für Niemand ein Vergnügen sein, sich im Winter im Freien zu waschen. Wegen dieses Ankleideraumes hatten zwei Arbeiterauschussmitglieder ihr Amt niedergelegt und wurden an ihrer Stelle Kollegen gewählt, die aber den Herren ebenfalls nicht behagten. Diese suchte man, da man sie im Verdacht hatte, daß sie nicht Alles ruhig hinnehmen würden, auf alle mögliche Art und Weise anzurempeln und aus der Bude herauszuwickeln. Bei einem ist es auch gelungen und den anderen hatte man der Kürze halber direkt gemapregelt. Der Herr Geiger äußerte sich hierzu noch: „Der Kerl wird mir zu warm“, oder „ich habe hier keine Verjüngungsanstalt.“ Auch sind die Arbeiter schon mit Säusuben und Mündlich tituliert worden. In den hiesigen Blättern werden Schlosser und Dreher zu hohem Lohn gesucht. Der hohe Lohn beträgt für Schlosser 28 bis 34 Pfg. und für Dreher 32 Pfg. im Anfang, auch wird im Afford gearbeitet, wobei aber Viele unter dem Lohn bleiben. Besonders der Vorarbeiter der Dreher, Kohler, dem man von unserem Standpunkt aus jede Befähigung zu diesem Posten absprechen muß, versteht sich sehr auf's Preisdrücken. Nun, alle diese Zustände haben bewirkt, daß die Bude, in welcher früher noch auszuhalten war, zu einem Taubenschlag heruntergesunken ist. Aber die Arbeiter sind zum größten Theil auch selbst mit Schuld daran, denn wenn sie einmüthig dagegen auftreten würden, so würden es sich die Herren noch dreimal überlegen, ehe sie mit den Arbeitern so umspringen würden.

Leipzig. Zuzug von Metallarbeitern, Drückern und Gelbgießern ist wegen Differenzen von der Firma Jäger & Hotte fernzuhalten.

Neunkirch a. d. Elbe. Am 5. März fand eine Metallarbeiterversammlung in Weidesheim statt, welche von sämtlichen dort beschäftigten Metallarbeitern besucht war. Kollege Paul hielt einen Vortrag über Arbeitszeit und Arbeitsruhe. Redner wußte durch drastische Beweise den Anwesenden die Nothwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung klar vor Augen zu führen. Da dieselbe nur mit Hilfe des Verbandes durchführbar ist, so muß jeder Metallarbeiter es als erste Pflicht betrachten, dem Verbands anzugehören. In Weidesheim befindet sich nur eine größere Werkstätte, die Reihwagenfabrik von Blas, welche auch nicht zu den besten gerechnet werden kann, da darin noch viele Mißstände herrschen, auch noch die 11stündige Arbeitszeit. Durch die von Herrn Blas angekündigte Affordreduktion haben sich die Schlosser und Klempner genöthigt, auch noch die letzten der Organisation fernstehenden Kollegen zur Organisation heranzuziehen. Ein gutes Resultat haben wir hier zu verzeichnen, da jetzt sämtliche Metallarbeiter dem Verbands angehören. Der Vorsitzende forderte die neu hinzugeworbenen Kollegen auf, zu und fest bei dem Verbands zu bleiben und dafür zu agitieren, dann wird der in Aussicht stehende Streik schon gewonnen sein, ehe derselbe beginnt. Der Zuzug von Schlossern und Klempnern ist vorläufig fernzuhalten.

Wald i. Westf. Zuzug von Formern, Drehern, Schlossern ist wegen Streik in der Felder Maschinenfabrik u. Eisengießerei Kröger & Kabe fernzuhalten. Bericht folgt.

Offenbach a. M. Am 6. März fand eine Mitgliederversammlung des D. M. V. statt, die sich mit dem Streik bei F. W. Herrmann befaßte. Da sämtliche Spengler, sowie Arbeiterinnen bis auf 4 Frauen untergebracht sind, wurde beschlossen, den Streik aufzuheben und die noch nicht Beschäftigten zu unterstützen. Die Sperre soll vorläufig über diese Bude verhängt bleiben. Herr Herrmann sucht im „Leipziger Tageblatt“ Spengler auf hohen Lohn. Wir möchten alle Kollegen auf den Lohn von 12-15 Mk. (in Afford) aufmerksam machen.

Merdan. Die Lohnverhältnisse in den hiesigen Maschinenfabriken werden, Dank des großen Indifferentismus der Arbeiter, immer schlechter. Die wenigen organisierten Kollegen sind gegenüber dem unorganisierten Meer nicht in der Lage, in irgend welcher Weise auf die Lohnverhältnisse günstig einzuwirken. So erklärt sich's dann, daß bei vorkommenden Lohnreduktionen die Arbeiter ohnmächtig die Faust in der Tasche machen. Würden alle Kollegen begreifen, daß nur eine gut organisierte Arbeiterschaft im Stande ist, dem Unternehmerrthum die Stirne zu bieten, so könnte es nicht vorkommen, daß Arbeiter, welche ohnehin schon nicht zu viel verdienen, immer wieder Abzüge von 20-30 Proz. zu erleiden haben, wie es vor kurzem in der Pöhlischen Maschinenfabrik vorgekommen ist. Derartige Abzüge sind dort in neuerer Zeit wiederholt vorgenommen worden. Die Ausgaben in einer Familie werden durch die steigenden Mieten und Feuerungsartikel, die vielen direkten und indirekten Steuern in Form von Lebensmittelzöllen, Kommunalabgaben, Schulgeld, Kranken-, Unfall- und Invalidenbeiträge u. s. w. immer größer, der Verdienst andererseits immer geringer. Man sollte meinen, unter solchen Umständen müßten dem blödesten Arbeiter die Augen aufgehen und er den leider noch größtentheils angehörigen bürgerlichen Vereinen für ewig „Lebewohl“ sagen, um Schulter an Schulter mit seinen Arbeitskollegen bessere Existenzbedingungen zu erkämpfen. Wir hoffen, daß in nächster Zeit die Kollegen — gewißigt durch das Vorgehen der Unternehmer — sich recht zahlreich dem Deutschen Metallarbeiterverband anschließen werden.

Schläger.

Fürth. Wie schon gemeldet, befinden sich seit dem 6. März sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Werkstätte des Herrn Weiß im Streik; die Ursache der Arbeitsniederlegung war folgende: Am Samstag, den 16. Februar gab Weiß seinen Gehilfen bekannt, daß er von jetzt ab von den Schlägern pro Buch 2 Pfg. abziehen werde, was jedoch von den Gehilfen einstimmig abgelehnt wurde. In einer gemeinschaftlichen Besprechung mit der Verwaltung der Sektion der Schläger wurde der Beschluß gefaßt, eine Kommission, bestehend aus drei der streikenden Kollegen und drei Verwaltungsmitgliedern der Sektion der Schläger zu wählen und mit Weiß in Unterhandlungen zu treten. Noch am gleichen Tage begab sich die Kommission zu Weiß und war deren Resultat ein günstiges, indem W. erklärte, er werde den alten Lohnsatz wieder bezahlen, doch werde er von den kleinen Büchern, welche von den minderwerthigeren Blättern hergestellt werden, 2 Pfg. pro Buch abziehen. Das Resultat wurde den Kollegen mitgetheilt und dasselbe einstimmig angenommen. Als Weiß sein Versprechen mit Unterschrift bestätigen sollte, hatte er sich eines anderen besonnen und ließ seinen Gehilfen mittheilen, daß er von jetzt ab von jedem Buch ohne Unterschied der Größe 1 Pfg. pro Buch abziehen werde. Dieses wurde von den Gehilfen einstimmig abgelehnt und an Weiß das Ersuchen gerichtet, sein Versprechen einzulösen, widrigenfalls die Arbeit niedergelegt und über seine Werkstätte die Sperre verhängt würde. Hieran wurde den Kollegen ein anderer Tarif vorgelegt, der ebenfalls in einer am Donnerstag, den 2. März stattgefundenen Besprechung einstimmig abgelehnt wurde. In jener Besprechung wurde der Beschluß gefaßt, daß die Gehilfen auf ihrem alten Lohnsatz beharren und nicht einmal die 2 Pfg. pro Buch von den kleinen Büchern nachlassen werden, da Weiß eine achtstündige Arbeitszeit angekündigt hat (Chifane!) In jener Besprechung vom 2. März erklärten sich außerdem sämtliche Kollegen und Kolleginnen durch geheime Abstimmung bereit, lieber in den Streik einzutreten als unter diesen Bedingungen, die Weiß in dem neuen Lohnsatz ankündigt, die Arbeit wieder anzunehmen. Es werden daher sämtliche Gehilfen dieser Branche aufgefordert, den Zuzug fern zu halten und uns in unserer gerechten Forderung zum Siege zu verhelfen.

Feilenhauer.

Nürnberg. In der am 4. März abgehaltenen Feilenarbeiter-Versammlung haben sich nun die hiesigen Feilenfleißer unsemr Arbeitsnachweis angeschlossen. Weiter wurde, nachdem der Hauptvorstand damit einverstanden ist, beschlossen, den hiesigen Arbeitsnachweis von nun an auf folgende Orte auszu dehnen: Nürnberg, Fürth, Erlangen, Bamberg, Würzburg, Ansbach, Bayreuth, Amberg, Schwabach, Weichenburg, Treuchtlingen und Gunzenhausen. Der Arbeitsnachweis für alle oben genannten Orte, an denen auch das Umschauen strengstens verboten ist, befindet sich bei August Bauer, Nürnberg, Mariengasse 18 (täglich Mittags 12-1 und Abends von 6 bis halb 8 Uhr). Dagegen auch Auszahlung des Extrageschentes.

Abrechnung

des Vertrauensmannes für die Provinz Hannover über das 4. Quartal 1898.

Einnahmen:		M	S
Kassenbestand laut letzter Abrechnung		166	55
Hannover, Allgemeine		35	30
" Sektion der Klempner		8	—
" der Schmiede		3	87
Hainholz		4	—
Hildesheim		3	80
Peine		5	—
Osterwid		1	80
Linden, Feilenhauer		3	—
Alfeld (für das 3. Quartal)		3	—
		Sa. 67 77	
Sonstige Einnahmen:		M	S
Oeffentliche Metallarb.-Verf. Ballhof (Okt.)		11	15
" " Linden		8	50
" " Hainholz		4	60
		Sa. 24 25	
		Gesamteinnahme 258 57	
Ausgaben:		M	S
Druckfachen und Ingerate		35	—
Fahrtgelder, Spejen, Referate		27	30
Für Verbreitung		4	40
Unterstützung an den Vertrauensmann		80	—
Porto und Schreibmaterialien		5	52
Konferenz in Peine		11	20
		Summa 163 42	
Bilanz:		M	S
Einnahme		258	57
Ausgabe		163	42
		Kassenbestand . 95 15	

Revidirt Otto Vormann-Hannover.
Ich erlaube die Ortsbeamten, vorstehende Abrechnung genau zu prüfen und mir etwaige Fehler sofort mitzutheilen. Ferner erlaube ich die Verwaltungen, die Fragebogen gut auszuarbeiten und mir dieselben recht bald zuzufenden. Ich werde dann der Reihe nach in allen Orten über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse referiren.
Der Vertrauensmann: Karl Behle, Hannover, Derfängerstr. 7, IV.

Abrechnung

vom Streik der Feilenhauer zu Halle a. S.

Einnahme: Von den Feilenbauern aus Leipzig M 45.
Chemnitz 20.
Nürnberg 10.
Brandenburg i. F. 10.
Meißen 10.
Pöhlchappel 13,50.
Dresden 6,50.
Erfurt 9.
Magdeburg 18.
Halle a. S. 18,30.
Bauernbund 6,25.
Summa M 168,55.
Ausgabe: An Unterstützung M 154.
Sonstige Ausgaben 2,05.
Summa M 156,05.
Bilanz: Einnahme M 168,55
Ausgabe „ 156,05
Verband M 10,50.
Revidirt und richtig befunden:
F. Zitterbart, Paul Neumann.

Da der Inhaber der Ammendorfer Maschinen- und Feilenfabrik unseren Arbeitsnachweis nicht anerkennt und diejenigen, welche dort Arbeit nehmen, aus dem Verband austreten müssen, so bitten wir, bis auf Weiteres diese Fabrik zu meiden, da über sie die Sperre verhängt ist. Auch machen wir darauf aufmerksam, daß Arbeit für Handhauer anderswo angefertigt werden soll.

Rundschau.

Fürth. Ein ungetreuer Kassirer. Am 4. März fand die Hauptverhandlung gegen den früheren Kassirer der Allgem. Zahlstelle des D. M. V. Fürth, Sigm. Wammes, vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichtes statt. Von den vier geladenen Zeugen wurde bloß einer verhört, da Wammes die ihm zur Last gelegte That zugestand. W. war geständig, als Kassirer der Lokalsektion des Met.-Arb.-V. 454 Mk. 76 Pfg. und als Vorstand der Metallarbeiter-Kranken- und Sterbefasse 159 Mk. unterschlagen zu haben. Der Angeklagte will in Noth gehandelt haben, da seine Frau längere Zeit krank war und auch vor kurzem verstorben ist und er 3 Kinder zu ernähren hatte. Wegen zweier fortgesetzter Vergehen der Untreue und zweier Vergehen der Unterschlagung erhält Wammes 7 Monate Gefängniß. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr 4 Monate Gefängniß, 600 Mk. Geldstrafe event. weitere 60 Tage Gefängniß, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre und sofortige Verhaftung beantragt.

Der Gewerbeaufsicht in Deutschland unterstanden im Jahre 1897 287,828 Fabriken und revisionspflichtige Betriebe mit 3,804,981 Arbeitern (von Anhalt fehlt die Arbeiterzahl), davon 300,779 Jugendliche und 3,504,252 Erwachsene. Seit 1896 hat die Zahl der revisionspflichtigen Betriebe um 76,016 zugenommen. Die Zahl der in Fabriken beschäftigten Arbeiterinnen betrug im Jahre 1897 in 35,535 (32,923) Fabriken 739,909 (699,579), die der Jugendlichen in 43,593 (40,399) Fabriken (im engeren Sinne) 263,721 (544,860), darunter 9151 (5812) Kinder unter 14 Jahren. Die Beschäftigung weiblicher, jugendlicher und kindlicher Arbeitskräfte ist also ganz bedeutend gestiegen. In gleicher Weise nahmen auch Arbeiterschulvergehen zu und zwar stiegen die Jugendschulvergehen von 17,397 auf 19,087 Fälle, wofür jedoch 207 Unternehmer weniger als im Jahre 1896 bestraft wurden. Zur Kesselschiffahrt gezogen wurden nur 11,6 Proz. der Jugendschul- und 9,4 Proz. der Arbeiterschulvergehen. So urtheilen die Gerichte im Zeichen des Arbeitertruges. Für Vergehen, die das Gesetz mit Gefängniß bis zu 6 Monaten bedroht, kommen renitente Unternehmer mit geringen Geldstrafen davon, der weitaus größte Theil bleibt straflos. Die streikenden Arbeiter, die ihr gesetzlich gewährleistetes Koalitionsrecht benutzen, kommen auf Monate hinaus in's Gefängniß.

Zur Förderung der Zuchthausvorlage gaben die konservativen Scharfmacher im preussischen Abgeordnetenhause einige Klüßelgeschichten aus der Bauarbeiterbewegung zum Weien. Es waren der „stellvertretende Amtsvorleser“ Ding und der satyam bekannte Baugewerksmeister Jelsich, derselbe Jelsich, der seiner Zeit mit einer Petition an die Regierung um schärfere Maßregeln gegen die Arbeiter dem Grafen Bofadomsky die Grundlage für sein bekanntes „vertrauliches“ Rundschreiben an die Einzelregierungen lieferte, die ihrerseits wieder das Material für die Zuchthausvorlage liefern sollen — es waren also diese beiden Abgeordneten, welche mit viel Aufwand von Pathos und Entrüstung den „Terrorismus“ der Arbeiter schilderten, aber natürlich von dem wirklichen Terrorismus der Unternehmer schwiegen. Der Junker von der Rede, zur Zeit preussischer Polizeiminister, wogu offenbar keine großen Geistesgaben erforderlich sind, nicht verständnißmäßig zu, in der Meinung, Bofadomsky wird den Wind der Scharfmacher im Landtage wohl verstehen und endlich mit dem Schredgespenst der Zuchthausvorlage herauskommen. In der That soll sie bald kommen — der Zuchthauskurs ist aber schon vor ihr da!

„Zum Streik angereizt“ sollte der Berliner Kollege Weinberg dadurch haben, daß er vor der Fabrik von Dopp in der Eichendorffstraße 20 in Berlin Fettel vertheilte, welche eine Einladung zu einer Metallarbeiterversammlung enthielten. Dopp schuppelte den Fettelvertheiler von seinem Eigenthum weg und schickte nach der Polizei, um ihn verhaften zu lassen, „denn der Mann durfte doch auf der Straße keine Fettel vertheilen“. Weinberg wurde dann in der That angeklagt. In der Verhandlung behauptete der Verteidiger Heinemann, daß Dopp den Weinberg „verluchter Sozialdemokrat“, „Heger“, „Anarchist“ geschimpft und darum eine leichfertige Denunziation begangen habe. Schließlich beantragte der Staatsanwalt selbst die Freisprechung, auf die auch der Gerichtshof erkannte. Der staatsretterische und wichtigthuerrische Dopp zog verblüfft und mit weitestlicher verlängertem Gesichte ab.

Die Polizei als Schutztruppe der Unternehmer. Gelegentlich eines Polizeibeleidigungsprozesses in Düsseldorf führte das dortige Amtsgericht in der Begründung eines Urtheilspruches folgende merkwürdige Anschauungen aus: „Die Polizeibehörde ist im sozialen Interesse zweifellos befugt, in ruhigen Zeiten eine Ueberwachung der Arbeiterbevölkerung nach der Richtung hin eintreten zu lassen, daß sie zur Erhaltung guter Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern den letzteren die Klauen derjenigen Arbeiter bezeichnet, deren schädlicher Einfluß auf die übrigen Arbeiterelemente auf die Dauer eine erhebliche Störung der größeren Betriebe befürchten läßt.“ — Da hört sich nun doch Alles auf! Nach dieser Gerichtsauffassung würde es die Aufgabe der Polizei sein, zu Handen der Unternehmer eine schwarze Liste der übrigen Arbeiter anzufertigen und darauf zu dringen, daß sie entlassen und auf die Straße geworfen werden. Das bedeutete aber eine ganz ungeheuerliche Einmischung der auch aus den Steuergrößen der Arbeiter bezahlten Polizei in das private Arbeitsverhältnis, die zu einem unerträglichen Zustande führen müßte. Die Polizei scheint in den meisten Kreisen des Volkes noch nicht genug verhaßt zu sein.

Ein neues Grubenunglück passirte auf der Zeche „Mont Cenis“ in Herno, wo beim Schichtwechsel 22 Bergleute verunglückten und zwar 7 davon schwer. Im preussischen Abgeordnetenhause will man aber weder seitens der Regierung, noch der „Volksvertreter“ etwas von der Beteiligung der Bergarbeiter an der Grubeninspektion wissen. Der Charakter des nackten Klassenstaates und der Klassenregierung muß auch hier gemahrt werden.

Graf Bofadomsky und die Unternehmerorganisation. Als jüngst in Berlin die Plenarversammlung des

deutschen Landwirtschaftsrates tagte, erschien auch der Staatssekretär des Innern zur Begrüßung. Er sagte: „Ich freue mich herzlich, heute unter Ihnen sein zu können. Es ist ja noch nicht lange her, daß sich die Landwirthe zu jenen Organisationen verbunden und damit den Weg beschritten haben, der heutzutage einzig und allein möglich ist zur Erreichung wirtschaftlicher Zwecke. Die deutsche Landwirtschaft verdankt ihrer soliden Haltung unzweifelhaft schon manchen Fortschritt. Ich wünsche, die Regierung möchte in der Lage sein, in Zukunft noch manche schwebende Forderung der Landwirtschaft zu erfüllen.“ (Lebhaftes Bravo.) — Man sehe statt Landwirthe Arbeiter und jedes Wort ist auch auf diese zutreffend. Aber während man die Junker förmlich umschmeichelt und alle ihre Wünsche erfüllt, läßt man gegen die Arbeiter den Zuchtstabskurs los. Das heißt: Was den Einen recht, ist in Preußen Deutschland den Andern nicht billig. Nun, auch das wird überwunden werden.

Der Achtstundentag ist seit dem 6. März auf der Eisenbahnverstaat Braunschweig in den Werftabteilungen I und II probeweise eingeführt. Bewährt er sich dort, so soll er auch auf weitere Abteilungen ausgedehnt werden. Leider aber ist auch hier wieder zu konstatieren, daß eine sozialpolitische, von den Arbeitern mit Freuden begrüßte Maßregel unter Begleitumständen ins Leben tritt, die sie ihnen nur zu vermeiden geeignet sind. Während die nunmehr nur 8 Stunden arbeitenden Beamten keine materielle Einbuße erleiden, ist für die Arbeiter und Handwerker damit eine Lohnverkürzung verknüpft. Das können aber die schon bisher sehr kärglichen Löhne absolut nicht vertragen. Ähnlich war es ja vor einiger Zeit in Erfurt. Mit der Arbeitszeit wurde auch der Lohn verkürzt. Als nachher die verkürzte Arbeitszeit wieder aufgehoben wurde, blieb es aber bei dem verkürzten Lohne.

Wie sich das Intereschmerthum organisiert! Bezirksvereine des Bundes der Industriellen für das östliche und westliche Sachsen sind in Dresden und Leipzig zu gründen beschloßen worden. Beide Bezirksvereine werden sich zu einem Landesverband vereinigen, um die industriellen Interessen des Königreichs in der Gesamtorganisation des Bundes der Industriellen wahrzunehmen.

Die Hirsch-Dunderschän und das Koalitionsrecht. Einen leibhaftigen Staatsanwalt in unseren Versammlungen über das Koalitionsrecht reden zu lassen, das ist ein Luxus, den wir Sozialdemokraten uns nicht leisten können. Der Staatsanwalt, dem wir mit solcher Bitte kämen, würde uns für verrückt erklären. Den zahmen Gefolgsleuten des Herrn Dr. Max Hirsch wird aber ein derartiges Ergehen nicht abgehen; die Leute haben sich ja auch mit dem Staatsanwalt im allgemeinen besser als wir, und unter Freunden thut man sich schon solche Liebesdienste. Also bei dem Hirsch-Dunderschän Ortsverband Dresden hielt am letzten Sonntag Herr Staatsanwalt von der Deenen einen Vortrag über das Koalitionsrecht. Aus einem uns über das Referat zugegangenen Bericht heben wir als einzig bemerkenswerte Äußerungen nur hervor: 1. Daß der Staatsanwalt meint: Wenn alle Belästigungen „Arbeitswilliger“ zur Anzeige gelangten, so würde die Zahl der Verurteilungen noch eine weit höhere sein als heute. 2. Erklärt Herr v. d. Deenen, der es ja wissen muß, daß von 100 Straß 99 zu verwerfen“ seien. Der Herr kennt zweifellos die Arbeiterlage sehr genau und weiß aus dieser seiner Kenntnis, daß die Proletarier in so glänzenden Verhältnissen leben, daß jede noch weitere Verbesserung unbedingt „zu verwerfen“ ist. In der Debatte wurde viel Blutina über den „Terrorismus“ der Arbeiter zu Tage gefördert. Schließlich wählte die von 40—50 Männlein besuchte Versammlung eine sogenannte „Preßkommission“, deren Aufgabe es sein soll, die „Metallarbeiter-Ztg.“, „Wolzarbeiter-Ztg.“, den „Vorwärts“ und selbstverständlich auch die „Säch. Arbeiterzeitung“ zu überwachen. Wenn diese bösen Blätter es wagen, die braven Hirsch-Dunderschän Schmählich zu verleumden, so soll die Kommission Särm schlagen. Wir sind gespannt, was da herauskommen wird, machen uns aber inzwischen für alle Fälle auf unsere endgiltige Vernichtung durch diese Preßkommission gefaßt — auf daß unser Ende uns nicht unvorbereitet treffe. (Säch. Arbeiterztg.)

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. H. W. Diez Verlag) ist soeben das 24. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Reichstag und Rechtspredung. — Volksbibliothek. — Eine praktische Frage. — Bon Giovanni Verda. — Der Kampf gegen das Halbzeugsystem in der englischen Textilindustrie. — Bon Edward Verstraen. — Soziale Momente in der österreichischen Personalienreform. — Bon Fritz Winter. — Notizen: Englands Aufschwung im den Jahren 1897 und 1898. — Familien: Im Gefolge des Todes. — Von H. Bommell.

In Verlag von J. H. W. Diez Nachf. ist soeben erschienen: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Von G. Verstein. Aus dem Inhalt heben wir das Kapitel hervor: Erstes Kapitel. Die grundlegenden Sätze des marxistischen Sozialismus. a) Die Wirtschaftselemente des Sozialismus. b) Die materialistische Geschichtsauffassung und die historische Notwendigkeit. c) Die marxistische Lehre vom Klassenkampf und der Kapitalentwicklung. — Zweites Kapitel. Der Kampf der gegenwärtigen Welt. a) Die Aufgaben der Sozialdemokratie. b) Die wirtschaftliche Entwicklung der modernen Gesellschaft. c) Etwas über die Bedeutung der marxistischen Weltanschauung. d) Die Einheitsbewegung in der modernen Gesellschaft. e) Die Betriebskassen in der Produktion und Distribution des gesellschaftlichen Reichtums. d) Die Kräfte und die Anpassungsbedingungen der modernen Wirtschaft. — Drittes Kapitel. Die Aufgaben und Möglichkeiten der Sozialdemokratie. a) Die politischen und ökonomischen Voraussetzungen des Sozialismus. b) Die Leistungsbedingungen der Wirtschaftsgenossenschaften. c) Demokratie und Sozialismus. d) Die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie. — Schluß: Endziel und Bewegung. Alle Buchhandlungen und Holzporene nehmen Bestellungen entgegen.

Der Bresdener Zuchtstabs-Urtheil vor dem Reichstag. Es handelt sich die soeben im Vorwärts-Verlag

erschienene Broschüre, die den betr. Reichstags-Verhandlungen eine kurze Einleitung vorausschickt, welche neben der Vorgeschichte des Prozesses auch die Namen der unglücklichen Opfer und ihrer Richter enthält. Die Broschüre verdient weite Verbreitung in Arbeiterkreisen, denn Klaffenjustiz! war das erste Gefühl, das in Arbeiterkreisen das entsetzliche Urtheil erregte, und weit hinein in die bürgerlichen Kreise erweckte es peinliches Verwunden. Die Versuche, durch einseitige gefälschte Darlegung Veruhigung zu schaffen, schlugen fehl. Als gar Stumm im Reichstag in seinem blinden Hass gegen die Arbeiterklasse das Urtheil gar noch milde fand und dabei nur die Unterstützung des dreimal gerügten sächsischen Generalstaatsanwalts Hüger fand, hatten die sozialdemokratischen Abgeordneten Gelegenheit, einmal ihre Meinung über Urtheil und Gerichtsverfahren zu äußern und zugleich auch die Wahrheit über den Vorfall, ihr Mitgefühl für die Opfer des Zuchtstabs-Kurses auszusprechen.

Briefkasten.

Schweinfurt. Wir haben jetzt für solche Einfendungen keinen Raum übrig. Uebrigens nützen solche Aufforderungen auch gar nichts.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

- Albrechts. Sonnabend, 25. März, Abends 9 Uhr. Antrag des kollektiven Endes betreffs Gründung eines Arbeiter-Bildungsvereins.
Alfeld. Sonnabend, 18. März, Abends halb 9 Uhr, im „Livol“.
Altona. Montag, 20. März, halb 9 Uhr Abends, bei Christianen, Blumenstraße 41.
Angsburg. Samstag, 25. März, Abends 8 Uhr, im „Blauen Bod“.
Bamberg. Sonntag, 26. März, Vormittags 9 Uhr, bei Schloßer.
Bremerhaven. Am 25. März.
Coburg. Am 18. März, Abends halb 9 Uhr bei Stegner, Wagnersbrauerei. Herberge und Kegelbahn dabeist.
Darmstadt. Unsere Versammlungen finden jeden 1. und 3. Samstag im Monat in der Zentralherberge („Gold. Pfau“), große Schlegelstraße 15, statt.
Dessau. Am 18. März. (Am 25. keine Versammlung, nur Jahlabend.) Die Bibliothekbücher sind am 18. März mitzubringen.
Döbeln i. G. Sonnabend, 25. März, Abends halb 9 Uhr in der „Mühlenterrasse“. Bericht von der Konferenz in Leipzig.
Düsseldorf. (Allg.) Samstag, 25. März, Abends halb 6 Uhr bei Breuer, Leopoldstraße 34. — Vortrag des Herrn Dr. med. Weberg über Die Grundzüge der Reibungsselektivität (mit Experimenten). — Der Märzfeier wegen fällt die Versammlung am 18. d. M. aus.
Duisburg. (e. d. der Feilenbauer.) Samstag, 25. März.
Duisburg. (Allg.) Sonnabend, 25. März, Abends halb 9 Uhr, im „Vog von Holland“, Oberstr. — Von jetzt an finden unsere Versammlungen in diesem Lokal statt.
Erfurt. (Sektion der Klempner.) Jeden Sonnabend nach bei. 1. und 3. bei Birching, Allerheiligenstr. 6.
Flensburg. Sonnabend, 25. März, im „Hofsteinschen Haus“. Vorstandsst.
Freiburg i. G. (Allg.) Samstag, 18. März, Abends 3 Uhr, bei Schwabe, Knudschau.
Goldlauter. Sonntag, 19. März, bei Krautwurm.
Harburg. Sonnabend, 25. März, Abends halb 9 Uhr, im Lokale von Laffenben.
Hannover. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, 25. März, bei Fane.
Hannover. (Sektion der Klempner.) Unsere Versammlungen finden von jetzt ab jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, Abends halb 9 Uhr, bei Straßner statt. Die Versammlung am 18. fällt aus, nächste am 25. März.
Hartslruhe. (Sektion der Schmiede.) Samstag, 18. März, Abends halb 9 Uhr, in der „Eiche“, Augartenstraße. Vortrag.
Kaiserslautern. (Allg.) Samstag, 18. März, Abends halb 9 Uhr, in der „Drei Mohren“, Stadtweihenstr. 1.
Kriegitz. Sonnabend, 18. März, im „Preussischen Hof“.
Linden. Sonnabend, 18. März, Abends halb 9 Uhr, im Reichslokal Göttingenstr. 60.
Linden-Hannover. (Sektion der Feilenbauer.) Am 25. März bei Straßner, Hannover, Laagestraße 2, Vortrag.
Ludwigsburg. Samstag, 18. März, Abends halb 9 Uhr, im „Schwanen“.
Münchenheim. Jeden letzten Samstag im Monat.
Offenbach. Samstag, 25. März, Abends 8 Uhr, im „Schützen“.
Pforzheim. Samstag, 18. März, Abends halb 9 Uhr, im „Goldenen Löwen“. Kartellbericht. Wahl eines Agitationskomitees.
Reimschrid. Samstag, 25. März, Abends halb 9 Uhr, bei Schuppentahl: Fortsetzung der Diskussion über Anträge zur Generalversammlung. — Die Mitglieder werden aufgefordert, ihre Absicht wegen Zustimmung der Zeitung anzugeben.
Reisch. Sonnabend, 25. März, in der „Barnumballe“.
Reutlingen. Sonntag, 19. März, Vormittags 10 Uhr, bei Reple, zur „Germania“.
Schönwinger. Sonnabend, 25. März, Bericht von der Generalversammlung. Stimmungsst.
Stettin. (Sekt. II.) Sonnabend, 25. März, Abends 8 Uhr, im Remise Schützenhaus Vortrag.
Stuttgart. Am 18. März fällt der Märzfeier wegen die Versammlung aus und findet Sonntag, 19. März, Vorm. halb 10 Uhr, Vertrauensmänner-Sitzung im Gewerkschaftshaus statt.
Stuttgart-Überm. Samstag, 25. März, Abends 8 Uhr, im „Seltgarter“ zu Überm. Wahl eines Komitees.
Wolfenbüttel. Sonnabend, 25. März, im „Blauen Engel“, Fährstr. 17.

- Alfeld. Der Mechaniker Rich. Höhnel, geb. zu Bärenstein, wird ersucht, seinen Verpflichtungen gegen die hiesige Ortsverwaltung nachzukommen.
Altenburg. Diejenigen Verwaltungsstellen oder Mitglieder des D. M. V., welche die Adressen von Aug. Differt, Schlosser, geb. am 6. August 1863 in Bangrig, und des Formers Alfred Hontschick, geb. am 27. März 1875 in Jabryz, wissen, werden ersucht, dieselben an den Bevollmächtigten, M. Leberer, Herstr. 58, gelangen zu lassen.
Frankfurt a. M. (Allg.) Samstag, 18. März, Abends halb 9 Uhr, im „Erlanger Hof“, Vortrag: Der 18. März. — Nach Schluß der Versammlung gemüthliches Zusammensein.
Freising. Die Schlosser Franz Schöle aus Worarlberg und Josef Steininger aus Regensburg werden ersucht, ihre Adressen sogleich an Mik. Huber, Fabrikstraße, Neubau, mitzutheilen.
Gera. Zentralherberge und Arbeitsnachweis der vereinigten Gewerkschaften Geras befindet sich nur im „Gasthaus zur süßen Quelle“, Bärenstraße 6.
Kaiserslautern. Die Herberge befindet sich von jetzt an in der Restauration zum „Stadtpar“, Birnajasenstr. 56. Kegelabend wird ausgesetzt Abends von 7—9 Uhr, Sonntags von 12 bis halb 3 Uhr.
Leunmarkt i. Oberpf. Der Former Emil Birklbach aus Eiberfeld, B. N. 283,830, wird um Angabe seiner Adresse ersucht. — Wohnung des Bevollmächtigten: Johann Fiederer, Hallstraße 1.
Offenbach a. M. Die Adresse des Bevollmächtigten ist: M. Pieper, Bettinastraße 10, 11.
Stuttgart. (Sektion der Feinmechaniker u.) Samstag, 18. März, im Lokal Lindenstraße 27, Großer Welt-Abend mit uridelem Programm.
Stuttgart. (Allg.) Die Mitglieder werden ersucht, bei Wohnungswechsel ihre Adresse dem Kassier F. Bacher, Blumenstraße 28, 4., anzugeben, andernfalls sie der Zeitung verlustig werden.
Schwabach. Der Zentralarbeitsnachweis der vereinigten Gewerkschaften befindet sich im Gasthaus zur „Silbernen Kanne“, Nürnbergergstr. 10. Umschauen strengstens verboten. Wochentage 7—9 Uhr, Sonntag 10—12 Vorm., 6—7 Uhr Abends geöffnet.
Wiesbaden. (Allg.) Sonntag, 19. März, Ausflug nach Erbenheim, Lokal zum „Löwen“. Abmarsch Mittags 8 Uhr von der englischen Kirche.

Öffentliche Versammlungen.

- Büdelndorf. Sonntag, 19. März, Nachmittags 4 Uhr bei Ehlers, Neu-Büdelndorf, öffentliche Formerversammlung, wozu alle Metallarbeiter eingeladen sind. Branchen u. Industrieverbände. Referent: Kollege Röhrlschick-Preh.
Dresden-Striehen. Sonnabend, 25. März, Versammlung. Kampf um das Koalitionsrecht. Referent: Redakteur Hänisch. Gewerkschaftliches, Diskussion über Mißstände in verschiedenen Fabriken.
Eiberfeld. Sonntag, 19. März, Vorm. 11 Uhr im Hotel Hegelich, Unter-Barmen, Alleestraße, kombinierte öffentliche Versammlung der Former, Gieberei- und Metallarbeiter von Eiberfeld und Barmen. Wie stellen sich die Former des Zentralverbandes zu einer Verschmelzung mit dem D. M. V.?
Griesheim a. Main. Sonntag, 19. März, Vorm. 11 Uhr, öffentliche Versammlung im „Nassauer Hof“. Vortrag des Kollegen Ehler-Frankfurt a. M. über: Das Koalitionsrecht und die deutschen Metallarbeiter.
Limbad. Sonnabend, 25. März, Abends 1/2 9 Uhr, öffentliche Mitglieder-Versammlung im „Hotel Johannesbad“. Bericht von der Landeskonferenz. — Es wird ersucht, die Mitgliedsbücher zur Kontrolle bereit zu halten.
Oelsch i. H. Sonnabend, 18. März, im „Bergschloßchen“ öffentliche Versammlung. Bericht über die Landeskonferenz.
Zirndorf. Sonntag, 19. März, Vormittags 10 Uhr, bei Julius Zrobe allgemeine Metallarbeiterversammlung. Die Vorbereitungen der verkürzten Arbeitszeit. Referent: Kollege Basel-Nürnberg.

Privat-Anzeigen.

Härtezange für Feilen,

mit welcher man Feilen taublos gerabe, auch wenn sie so dünn wie ein Sägeblatt sind, bequem härten kann, offerirt à Stück Mk. 1.50 franko per Nachnahme. [43]

Aue Gust. Volk, b. Schmalkalden. Feilenbauerei und Schleiferei.

Feilenhauerwerkzeug

zu verkaufen. [44] Wwe. Corh, Feilenbauerei, Mühlstr. i. W.

Fachschriften u Lehrbücher für Handwerker u Gewerbetreibende. Kataloge gratis u franko [19] JOH. SASSENBACH, Bücher-Versand, BERLIN

Zum Schutz der Organisation gründete sich am 18. März 1891 nach dem 16wöchentlichen Kampfe der Tabakarbeiter um ihr Koalitionsrecht die Tabakarbeiter-Genossenschaft in Hamburg.

Die Genossenschaft zahlt keine Dividende; den von derselben Beschäftigten wird ein anständiger Lohn bezahlt; bei einer evtl. Auflösung fällt das Vermögen an die Tabakarbeiter-Organisationen. An Arbeiterorganisationen, Gewerkschaftskartelle, Arbeiter-Sonjunkturvereine evtl. direkter Versandt zu Engros-Preisen. Vertreter erhalten Provision. [3]

Erinnahme

Ausgabe

Table with columns for Ort, Ort-Verzeichniß, Zahl der Mitglieber, Bestand laut letzter Abrechnung, Beitragsgeb a 30 u. 20, Beiträge a 20 u. 5, Sonstige Einnahmen, Bauschiffe, Gesamteinnahme, Zuschuß aus der Hauptkasse, Beitrag, Nachschuß, Unterfüllung nach § 20, Streit-Unterstützung, Minderberühmte Agitation, Zurückgebliebte Bauschiffe, Sonstige Ausgaben, Verfügbare Ausgaben von dem 25 Proz. der Beitr., Gesamtausgabe, An die Hauptkasse eingekandt, Bestand am Ende.

Sorten-Nummer	Orts-Verzeichnis	Bayl. der Mithgeber	Einnahme								Ausgabe											
			Bestand laut letzter Abrechnung	Beiträge a 30 u. 20	Beiträge a 20 u. 5	Sonstige Einnahmen	Zuschüsse	Geldanteile Einnahme	Zuschuss aus der Hauptkasse	Neuegeb.	Neuegeb.	Unterstützung nach § 2 c	Streit-Unterstützung	Außerordentliche Unterstützung	Zurückgelegte Guthülfe	Sonstige Ausgaben	Darlehensausgaben von dem 25. Prop. der Beitr.	Geldanteile Ausgabe	An die Hauptk. Kasse eingelandt	Bestand am Orte		
211	Hiel	557	436 56	50 40	3024 60		90		3512 46		277 34		90		40				799 51	1206 85	2067 31	238 30
212	" RL	75	24 04	6 90	612 46				653 34		38 97		28 50						173 21	240 68	271 23	141 43
213	Rirchheim u. T.	24	3	4 80	184 20		1		193										46 05	66 05	78 65	48 30
214	Stolberg	5	2 25	1 80	27 80				31 85		1								2 75	3 75	15	13 10
215	Stügensberg i. Pr.	173	111 26	36 90	1889 60				1837 76		20 01		40		6				389 20	455 21	1080	302 55
216	Stulmbach	18	16 47	3 60	158 60				178 67										32 74	32 74	119 83	26 10
217	Stütrin		31 51	5 70	69 80				107 01		5 71								19 27	24 98	82 03	
218	Sambrecht	187	6 50	51 30	1065 40				1123 20	30			75		24 35				143 95	249 30	578 42	331 48
219	Sammerpiel	30	7 96	— 60	325 80				334 36						4				78 98	82 98	190	61 38
220	Sandau	15	49 32	3 30	110				162 62										27 10	27 10	129	6 62
221	Sandsberg/Warthe	87	107 15	21 30	596 20		40		725 05		40 37		40		65				142 63	288 50	410	26 55
222	Sandshut i. Bap.	39	1 94	16 80	271 40		274		292 88		55 94		3						69 39	128 33	120	44 55
223	Sangenberg b. Gerro	24	—	5 40	48 60				54						150				6 64	8 14	40 50	5 36
224	Sangenfalza		15 30	—	—				15 80												15 80	—
225	Sandhammer	421	14 80	137 10	3339 60				3491 50		3		162						522 43	687 43	2489 85	304 22
226	Sauenburg	22	36 65	5 70	242				284 35		100 71								34 57	135 28	92	57 07
227	Sauf i. Bap.	26	14 34	4 10	233 75				252 19		2 30								24 80	27 10	159 94	65 15
228	Schhausen, Schl.	23	—	8	45 95				53 95										15 37	15 37	—	38 53
229	See	90	61 23	15 90	597				674 13		40 70		20						141 71	202 41	460	11 72
230	Seimen		27 80	5 10	56 80				89 70										12 25	12 25	77 45	—
231	Senep		10 90	6	81 80				98 70										22 10	22 10	76 60	—
232	Siegnitz	73	29 25	21 90	604 40		40		655 95		36 90								123 24	160 14	440	55 81
233	Sinden	193	78 44	29 10	1632 15				1739 69						20				400 72	420 72	1200	118 97
234	Siph. Siph.	82	67 41	2 10	282 80				352 31										67 60	67 60	234	50 71
235	Sippstadt		24 35	—	—				24 35												24 35	—
236	Sollar	120	42 05	14 70	1126				1182 75										280 15	300 15	800	82 60
237	Sörzsch	24	38 11	4 80	150 60		40		193 91		7 23				20				32 76	39 99	105	48 92
238	Sübeck	649	139 79	90	4405 40				4635 19		280 63		34 50		592		52		847 59	1806 72	2501 40	327 07
239	Süß RL	49	114 94	6 60	522 40		40		644 34						93				132 33	271 73	330	42 61
240	Süß	10	— 65	4 80	149 20				154 65				8						37 30	45 80	100 40	8 95
241	Süßwalde	88	43 94	17 70	786 80				848 44		74 77		7		20		156 85		196 70	455 32	365	28 12
242	Südenscheid	31	11 70	7 20	179		160		199 50						30				18 95	48 95	65	85 55
243	Südwardsburg	13	—	3 60	176 80				180 40										45 05	45 05	135 35	—
244	Südwardschafen	282	—	62 10	2143 80				2205 90		37 70				20				535 95	593 65	1430	182 25
245	Süneburg	41	51 45	9	404 60				465 05		181 65				27				128 71	338 36	110	16 69
246	Magdeb.-N. Neujt.	77	143 76	12 60	546 20				702 56										136 55	136 55	566 01	—
247	" Sudau	547	95 45	74 70	4325 40		1 20		4496 75						82				1066 15	1148 15	3300	48 60
248	" Neustadt	219	139 43	33 60	1751 60				1924 63										424 63	424 63	1500	—
249	" Sudenbg.	705	—	130 50	4896 20				5026 70						100		162 50		1224 05	1486 55	3540 15	—
250	" Wilhelmshft.	282	79 29	55 50	1745 60		18 35		1898 74		475 91		40		202		46 50		436 40	1200 81	525	172 93
251	" Siph.	31	77 67	3 30	316 80				397 77						30		15		70 87	115 87	218 40	63 50
252	" Siphallat.	55	67 30	10 20	373				450 50										95 92	95 92	354 58	—
253	" Klempner	116	21 62	23 80	912 10				957 52						34				228 02	262 02	695 30	—
254	Mainz	220	5 38	49 50	1526 40				1581 28		515 75				37		27		281 65	991 40	495	94 88
255	Mannheim	1290	193 86	259	8421 50		26 71		8901 07	400	352 89				80		1022		2154 79	3609 68	5206	435 39
256	" Hauschl.	50	63 95	17 10	384 60				465 65										117 37	117 37	310	38 28
257	Marburg	13	— 37	8 60	105 20				109 17										16 40	16 40	91 97	— 80
258	Mehlis i. Th.	94	—	45 90	433 80				479 70										103 13	103 13	336 90	39 67
259	Memmingen	24	52 81	12 60	179 40				244 81	30	67 53								40 77	157 52	30	27 29
260	Meringburg	189	33 32	40 80	1359				1433 12		2								255 10	257 10	1150	26 02
261	Meuselwitz	48	— 58	13 80	471 20		5 94		491 52						30			15 90	133 69	330	27 83	
262	Mindelheim	16	—	11 40	150 40				161 80										25 59	25 59	105	31 21
263	Minden i. W.	43	24 63	17 40	274				316 03		131 99								27 60	159 59	80	76 44
264	Möggeldorf	76	—	16 50	713 35				729 55						20				177 77	197 77	532 08	—
265	Mosenberg		83 93	8 10	339 25				431 23	84					123				137 26	304 55	210 73	—
266	Mühlhausen i. Th.	82	49 77	13 20	623 40				686 37		31 65				90				129 40	281 80	379 85	24 72
267	" Schl.		49 80	6 30	168 40				224 50										22 61	22 61	201 89	—
268	Mühlheim a. W.	91	11 51	13 20	747 60				772 31						2				185 73	185 73	580	6 58
269	Mühlhausen i. Th.	13	21 44	5 10	188 40				214 94		59 52								57 13	194 24	15	5 70
270	Mühlheim a. Rh.	77	98	14 10	623		20		735 30										99	155	430 30	150
271	Mühlheim a. Ruhr	21	17 30	2 10	119 40		4 60		143 40										26 40	26 40	78	39
272	München, Siph.	75	118 11	6 30	630 60				755 31						20				146 42	326 77	415 15	13 39
273	" Former	156	112 65	21 90	1437 80		30		1572 65						65		260 60		369 05	694 65	800	78
274	" Met.	56	22 14	12	249 40				288 54	360			10		32				73 45	492 70	150	— 84
275	" Metallgieß.	53	—	7 50	83 40				90 90										20 85	20 85	70 05	—
276	" Monteur	130	—	32 70	865		1		893 70	50									216 35	216 35	732 35	—
277	" Schleif. u.	49	—	6 60	47 20				53 80										8 35	8 35	40 35	5 10
278	" Schlosser	2108	266 03	622	8760 70		70		9649 43		898 47		15 25		124		138		2189 70	3365 42	3300	2484 01
279	" Siebm.	26	—	6	177 60				183 60										46 96	46 96	136 64	—
280	" RL	354	34 59	72 30	2188		1 80		2296 69										547	569 50	1700	27 19
281	" Zinngießer	108	65 45	7 20	976 60		2 20		1051 45										244 15	244 15	769	33 50
282	" Rechts d. J.	217	—	60 90	1194				1254 90						40				298 15	338 15	850	66 75
283	Münchenbernsbf.	10	26 29	1 80	107 60				135 79										9 90	9 90	109 59	16 30
284	Mundenheim	57	—	6 30	160				166 30										26 85	26 85	—	139 45
285	Münster	33	33 01	8 70	259 80				306 51		160 78				30				48			

Einnahme

Ausgabe

Table with columns for Ort, Zahl Mitglieder, Bestand laut letzte Abrechnung, Beitrittsgeld, Beiträge, Sonstige Einnahmen, Vorjährige, Gesamte Einnahme, Aufschlag, Restbetrag, Nachschlag, Unterhaltung, Straft, Außerordentliche, Zurückbehaltene, Sonstige Ausgaben, Derliche Ausgaben, Gesamte Ausgabe, An die Hauptkass, Bestand am Ort.

Einnahmen und Ausgaben

der Hauptkass für das Jahr 1898.

Einnahmen:

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Kassenbestand vom 31. Dezember 1897' and 'A. Aus den Verwaltungsstellen'.

B. Einzelmitglieder der Hauptkass:

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Beitrittsgelder', 'Beiträge', 'Erlagbücher', and 'Bezahlte Portos'.

C. Sonstige Einnahmen:

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Zurückbezahltes Darlehen vom Vetter Metallarb. Verband' and 'Zurückbezahlte Gerichts- und Anwaltskosten'.

Zurückbezahlte Unterstützung nach § 2c von:

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes 'H. Albricht, Forst'.

Zurückbezahlte Streitunterstützung von:

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes 'H. Kaufmann, München'.

Zurückbezahlte Schuld von:

Table with 2 columns: Name and Amount. Lists various individuals and their contributions.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Für Adressenverzeichnis inkl. Porto' and 'Für Erlagbücher'.

Ausgaben:

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Agitation', 'Informationsreisen', 'Deutsche Metallarbeiter-Zeitung', and 'Streikunterstützung an: die Bauarbeiter Deutschlands'.

Verwaltungskosten:

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'A. Persönliche: Gehälter der Bureaubeamten' and 'B. Sächliche: Buchbinderarbeiten'.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Kaufschufstempel', 'Quittungsmarken', 'Bureaumiete', and 'Kassenbestand am 31. Dezember 1898'.

Verlust-Liste:

Table with 2 columns: Description and Amount. Lists various losses and amounts.

Table with 2 columns: Description and Amount. Lists various contributions and amounts.

Rechnungsabluß für das Jahr 1898.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Einnahmen: Vermögenbestand am 31. Dezember 1897'.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Ausgaben: Agitation', 'Informationsreisen', 'Deutsche Metallarbeiter-Zeitung'.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'M. Segß zur Aufrechterhaltung internationaler Beziehungen' and 'Beitrag an die General-Kommission'.

Stuttgart, im März 1899. Ch. Werner, Hauptkassier.

Abrechnung

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Saldo vom 31. Dezember 1897', 'Satz, Druck und Papier', 'Borte für Zeitungsverband'.

Auszug aus dem Bericht des Vorstandes an die Generalversammlung des D. M. V. im Jahre a. G. 1899.

Geschäftsverteilung und Verkehr. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 90 Sitzungen...

ein: 6275 Postkarten, 13,080 Briefe, 163 Einschreibsendungen, 3994 Postanweisungen...

Mitgliederstand. Hinsichtlich der Errichtung von Verwaltungsstellen Einsetzung von Bevollmächtigten in Sachsen...

in 368 Verwaltungsstellen bei 44 Bevollmächtigten in Sachsen bei der Hauptkass 40971 eingeschriebens 7730 Mitglieder 300

Diese Mitglieder vertheilen sich auf die einzelnen Berufe wie folgt:

Berufe:	in eigenen Sektionen	in and. Sektionen od. allgem. Versammlungen	Summa
Drahtarbeiter (Drahtweber, Siebmacher) zc.	22	153	175
Dreher (Eisen-, Facon-, Metall-) zc.	112	9856	9968
Feilenhauer (=Schleifer) zc.	274	882	1156
Formner (Eisengießer, Kernmacher) zc.	1078	5241	6319
Giebereihilfsarbeiter	64 ¹⁾	592	656
Goldarbeiter (Graveure, Ziseleure) zc.	—	286	286
Gürtler (Plattierer) zc.	50	1869	1919
Heizer (Maschinenwärter) zc.	1 ²⁾	236	237
Metallschmiede zc.	—	940	940
Mechaniker (Spengler, Flaschner, Klempner) zc.	2665	4499	7164
Installateure, Rohrleger zc.	229	258	482
Kupferschmiede zc.	—	103	103
Mechaniker (Chirurg, Instrumenten-, Büchsen-, Meißzeug- und Uhrmacher) zc.	288	2224	2512
Optische Industrie-Arbeiter (Brillen-, Pincenez-, Einjahleifer, Stuismacher) zc.	—	279	279
Metallbrücker zc.	156	698	854
Metallgießer (Gieß-, Gieß- und Roth-) zc.	115	832	947
Metallschleifer zc.	270	1512	1782
Modellstecher zc.	—	88	88
Nadelarbeiter zc.	60	641	701
Schlosser (Maschinenbauer) zc.	1895	21309	23204
Schläger (Gold-, Silber-, Metall-) zc.	—	—	—
— (Zinn-) zc.	610	480	1090
Schmiede (Meiß-, Zeug-) zc.	738	3084	3822
Werftarbeiter zc.	31	1678	1709
Zinngießer zc.	172	58	225
Sonstige Metallarbeiter, Hilfsarbeiter (Bohrer, Fraiser, Hobler) zc.	—	7081	7081
Arbeiterinnen	—	1271	1271
Nicht-Metallarbeiter	—	461	461
Summa	8830	66601	75431

Verwaltungsstellen.

In der letzten Geschäftsperiode wurden gegründet 122 Verwaltungsstellen. Eingegangen sind in derselben Zeit 86, jedoch die effektive Zunahme 36 Verwaltungsstellen beträgt. Bevollmächtigte in Sachen wurden neu eingesetzt 12, eingegangen sind Bevollmächtigtenstellen 6, jedoch die effektive Zunahme derselben 6 beträgt.

Agitation.

Die Agitation wurde auch in den letzten beiden Jahren allenthalben rege betrieben, und ist hierbei nicht zu verschweigen, daß der Ansehluß der Verwaltungsstelle Berlin dabei aufmunternd wirkte, was schon daraus hervorgeht, daß die Nachfrage nach Berliner Referenten gerade in der ersten Zeit eine ganz bedeutende war.

Von größeren Agitationsrundreisen wurde möglichst Umgang genommen, solche vielmehr nur dort inszeniert, wo es ausdrücklich gewünscht wurde, oder die Kollegen der einzelnen Orte sich nach vorheriger Anfrage ausdrücklich verpflichteten, die nötigen Vorarbeiten zu übernehmen.

Im Allgemeinen sind diese Agitationsversammlungen besser besucht worden als in den Vorjahren, jedoch ist auch hier in einzelnen Gegenden in Folge der Lässigkeit der Arrangements manche Versammlung nicht zu Stande gekommen.

Bei der Veranstaltung größerer Touren legte der Vorstand nicht nur Gewicht auf die in Versammlungen abzugebenden Vorträge, sondern sorgte auch dafür, daß sich die Referenten für die Handhabung der Verwaltung interessierten und in diesen Dingen Instruktionen erhielten. Desgleichen glaubte der Vorstand darauf hinwirken zu müssen, daß der Werkstattorganisation durch Einführung des Werkstattvertrauensmänner-Systems mehr Aufmerksamkeit zugewendet wurde.

Bei der Veranstaltung von Agitationstouren spielte übrigens auch in dem letzten Geschäftsjahre der Referentenmangel eine große Rolle. In verschiedenen Gegenden mußte nur aus diesem Grunde von der Arrangierung solcher Touren abgesehen werden.

Im Großen und Ganzen wird dies, ja dem Verband insofern wenig geschadet haben, als die Bezirksagitation eine bedeutend regere geworden ist und der Vorstand es sich auch angelegen sein ließ, dieselbe nach besten Kräften zu unterstützen.

Außer den im letzten Bericht aufgeführten Bezirkskomitees haben sich noch 3 weitere gebildet.

Die Aufwendungen für Agitation betragen:

In den örtlichen Verwaltungsstellen für außerordentliche Agitation . . .	13,230,88
An die Agitationskomitees vom Vorstand übermiesen . . .	2,389,45

Aus der Hauptkasse:

Für Flugblätter, Versammlungseinladungen zc.	670,20
Für Bibliothekszwecke . . .	356,27
Persönliche Agitation . . .	4,938,74

Total für Agitation 21,585,64

Weiterhin hielt sich der Vorstand für verpflichtet, die Bezirkskonferenzen durch eines seiner Mitglieder oder durch Vertreter zu beschicken, um einestheils selbst gemachte Erfahrungen darauf zur Geltung zu bringen und sich andertheils über die Arbeiten in den Bezirken zu orientieren. Diese Beschickung der Konferenzen hat sich im Großen und Ganzen als sehr zweckmäßig erwiesen und dürfte sich auch für die Zukunft empfehlen.

Verluste in den Verwaltungsstellen sind in der abgelaufenen Geschäftszeit ebenfalls öfters vorgekommen, glücklicherweise aber gegen die Vorjahre an Zahl und Umfang zurückgeblieben. Sie betragen:

im Jahre 1897: 3021,22 = 0,62% der Jahreseinnahme
 1898: 1747,48 = 0,31%
 Von den Verlusten des Jahres 1897 wurden wieder beigebracht 423,26, jedoch sich die Verluste auf 0,53% stellen. Von den Verlusten des Jahres 1898 wurde bis jetzt noch nichts wieder beigebracht.

1) in Formerektionen.
 2) Gehört zur Sektion „Heizungsjach“ in Hamburg, die aus Installateuren zc. besteht.

Die Ursachen der Verluste sind, wie wir schon früher ausgeführt haben, zumest Mangel an geeigneter Kontrolle durch die Revisoren und die übrigen Verwaltungsmittelglieder. Es könnte noch mancher Veruntreuung vorgebeugt werden, wenn die Ortsverwaltungsmittelglieder sich eine geordnete Buchführung angelegen sein ließen und sich an pünktliche Rechnungslegung gewöhnten.

Beitragszahlung.

Die Beitragszahlung ist in der letzten Geschäftsperiode besser geworden. Während in früheren Jahren die Durchschnittsleistung für männliche Mitglieder 28—30 Beiträge pro Kopf und Jahr betrug und für weibliche Mitglieder zwischen 30—32 schwankte, entfielen auf die männlichen Mitglieder im Jahre 1897: 35 Beiträge

auf die weiblichen Mitglieder im Jahre 1897: 42 Beiträge
 1898: 37
 1899: 45

per Kopf und Jahr. Zum nicht geringen Theil wird diese Mehrleistung auf Beiträgen auch auf die Einführung des Hauskassensystems zurückzuführen sein. Daß die Wirkung desselben keine auffallendere ist, dürfte wohl darin seinen Grund haben, daß die Einrichtung erst nach und nach im Laufe des letzten Jahres zur Einführung gelangte und nach mancherlei Rücksicht hin erst Lehrgeld bezahlt werden mußte. Außerdem ist es selbstverständlich, daß derartige Maßregeln erst im Laufe der Zeit in bedeutenderem Maße wirken können. Immerhin zeigt dieser Fortschritt, wie zeitgemäß und notwendig die Einführung der Hauskassierung war.

Fluktuation.

Die Fluktuation ist auch in der letzten Geschäftsperiode eine bedeutende gewesen, dies ergibt sich beim Vergleich der gezahlten Beitritts-gelder mit der Zunahme an Mitgliedern. Es wurden Beitritts-gelder gezahlt im Jahre 1897 M 13390,80 von 44636 männlichen
 123,80 " 619 weiblichen

zusammen 13514,60 von 45255 Personen.
 Am Schluß des Jahres waren vorhanden 59,890 Mitglieder, jedoch nur eine Zunahme von 10,889 Mitgliedern zu verzeichnen war. Unter diesen 10,889 hinzugegetretenen Mitgliedern befinden sich 6325 von der Berliner Organisation Uebergetretene, die ein Beitritts-geld nicht entrichtet haben, so daß die Zunahme derjenigen Mitglieder, die Beitritts-geld bezahlt haben, nur 4564 beträgt. Es sind also 40,691 Personen in demselben Jahre wieder ausgeschieden.

Im Jahre 1898 wurden an Beitritts-geld gezahlt:
 M 15,555,— von 51,850 männlichen
 147,20 " 737 weiblichen

zusammen M 15,702,30 von 52,587 Personen.
 Die Zunahme an Mitgliedern beträgt 15,541. Es sind also auch in diesem Jahre 37,046 Mitglieder wieder ausgetreten.

Als weiterer Beweis für die Fluktuation dürfte die Thatsache dienen können, daß von den im Gründungsjahre 1891 dem Verband angehörenden 23,205 Mitgliedern kaum noch 2500 dem Verband angehören.

Ausschlüsse aus dem Verband.

Die in Folge von Verletzung der Statuten und Schädigung der Interessen des Verbandes notwendig gewordenen Ausschlüsse aus dem Verband haben sich bedauerlicher Weise vermehrt, obwohl der Vorstand von diesem seinen Rechte nur den allernothwendigsten Gebrauch machte.

Durch Vorstandsbeschluß wurden in den letzten 2 Jahren ausgeschlossen im Ganzen 253 Personen, und zwar 192 wegen Streifbruchs, bezw. Nichtbeachtung der verhängten Sperre; 30 wegen Vertrauensbruch bezw. Veruntreuung von Verbandsgeldern, und 31 aus anderen Gründen, wie: Denunziation, Verleumdung, unkollegialem Benehmen u. dgl.

Reisegeld.

Die Aufwendungen für Reisegeld sind in der letzten Geschäftsperiode ebenfalls wieder hinter denen der Vorjahre zurückgeblieben.

Vorausgab wurde laut Abrechnung für Reisegeld im Jahre 1897: M 21,965,46
 " " 1898: " 27,340,52

In beiden Jahren zusammen M 49,305,98, so daß der Rückgang gegen die Geschäftsperiode 1895—97 M 23,260,14 beträgt.

Eine übersichtliche Zusammenstellung, in welcher Weise und Höhe die einzelnen Berufe an dem ausgezahlten Reisegeldsummen partizipieren, für das Jahr 1898 anzufertigen, war in Folge der geringen Spanne Zeit, die zwischen der Generalversammlung und dem Eingang der Abrechnungen lag, unmöglich und beschränken wir uns daher nur auf eine solche Zusammenstellung vom Jahre 1897:

Berufe:	Zahl	M	¢
Drahtarbeiter (Drahtweber, Siebmacher) zc.	11	119	40
Dreher (Eisen-, Facon-, Metall-) zc.	315	2062	58
Feilenhauer (=Schleifer) zc.	140	895	54
Formner (Eisengießer, Kernmacher, Gieß-, Rothgießer)	461	3643	01
Goldarbeiter (Graveure, Ziseleure) zc.	12	136	66
Gürtler (Plattierer) zc.	44	353	87
Heizer (Maschinenwärter) zc.	—	—	—
Hilfsarbeiter (Bohrer, Fraiser, Hobler) zc.	8	42	90
Metallschmiede zc.	43	278	09
Klempner (Installateure, Spengler, Flaschner, Klempner) zc.	545	3692	—
Kupferschmiede zc.	13	70	09
Mechaniker (Chir. Instrumenten-, Büchsen-, Meißzeug- und Uhrmacher) zc.)	93	601	51
Optische Industrie-Arbeiter (Brillen-, Pincenezarbeiter, Einjahleifer, Stuismacher) zc.)	—	—	—
Metallbrücker zc.	30	189	87
Metallschleifer zc.	35	160	70
Modellstecher zc.	2	8	68
Nadelarbeiter zc.	3	17	27
Schlosser (Maschinenbauer) zc.	1235	8047	97
Schläger (Gold-, Silber-, Metall- u. Zinn-) zc.	22	150	10
Schmiede (Meiß-, Zeug-) zc.	165	1217	56
Zinngießer zc.	11	82	64
Nicht-Metallarbeiter zc.	72	427	22
Arbeiterinnen	—	—	—
Werftarbeiter	8	19	56
Summa	3270	22217	22

In diesen Reisegeldsummen sind solche von ausländischen Legitimationen enthalten und erklärt sich daraus die Differenz gegenüber den auf den Jahresabrechnungen aufgeführten.

Unterstützungen nach § 2c.

Gegenüber den Aufwendungen für Reisegeld sind die Unterstützungen nach § 2c in der Berichtsperiode bedeutend gestiegen.

Die einzelnen Unterstützungsfälle betrafen:
 a. solche in Folge der Thätigkeit für die Organisation:
 1. Maßregelungen 194; davon wöchentlich 95 mit zusammen 327 Wochen;
 2. Inhaftirungen 29; davon wöchentlich 15 mit zusammen 327 Wochen;
 b. solche der Noth aus anderen Ursachen:
 1. Arbeitslosigkeit 84, davon 4 mit zusammen 16 Wochen;
 2. Krankheit (Unfall, Arbeitsunfähigkeit) 207, davon 1 mit 4 Wochen;
 3. Umzugskosten 192;
 4. sonstige Nothlage (geringer Verdienst, Todesfälle zc.) 157,
 zusammen also 863 Unterstützungsfälle.

Die Aufwendungen vertheilen sich:
 für Maßregelungen auf 7251 M — ¢
 " Inhaftirungen . . . 2528 " — ¢
 so daß an Unterstüttungen für die Organisation herrührende Nothfälle in Summa . . . 9779 M — ¢

verausgab wurden; für die übrigen Fälle:
 Arbeitslosigkeit . . . 2130 M — ¢
 Krankheit (Unfall zc.) . . . 6126 " — ¢
 Umzugskosten . . . 6526 " 55 ¢
 Sonstige, einschließlich der von den Verwaltungen verrechneten kleineren Unterstüttungen . . . 4997 " 32 ¢
 Zusammen also . . . 29738 M 87 ¢

zu welchen noch die in der vorhergehenden Geschäftsperiode bewilligten, aber in dieser erst ausbezahlten Unterstüttungen von . . . 95 " — ¢ kommen, so daß die Gesammtsumme . . . 29833 M 87 ¢ beträgt.

Rechtsschutz.

Die Zahl der bewilligten Rechtsstttungsgehe hat sich gegen die vorhergehende Geschäftsperiode bedeutend vermehrt. Es lagen Anträge vor und wurden Rechtsschutz bewilligt:
 für Straffachen . . . 68 Fälle
 " Beleidigungsfragen . . . 7 " "
 " Gewerbliche Streitigkeiten . . . 32 " "
 " Unfallsachen . . . 6 " "
 " Krankenkassenangelegenheit . . . 1 " "
 " Strafmandate . . . 42 " "
 " Kostenübernahme aus Prozessen . . . 11 " "
 Im Ganzen . . . 167 Fälle

Die Straffachen betrafen:
 a. 45 Reate aus der Verbandsthätigkeit, davon
 14 öffentliche bezw. Beamtenbeleidigungen,
 8 Uebertretungen des § 153 der Reichs-Gew.-O.,
 5 Bedrohungen oder Nöthigungen,
 2 Landfriedensbruch (davon 1 qualifizierter),
 10 Uebertretungen von Vereinsgelegen,
 3 Uebertretungen von Polizeiverordnungen;
 b. 3 Reate aus dem Arbeitsverhältniß:
 je 1 Fall der fahrlässigen Tödtung, der fahrlässigen Körperverletzung und des versuchten Betruges.

Die Privatlagen betrafen:
 a. aus der Verbandsthätigkeit:
 4 Beleidigungen;
 b. Arbeitsverhältniß:
 2 Beleidigungen,
 13 Vohneinbehaltungen,
 15 Entlassungen ohne Kündigung,
 2 Vertragsauflösungen,
 1 Zeugnisausfertigung,
 6 Unfallsachen,
 1 Krankensache.

Die Strafmandate betrafen: in 36 Fällen das Postenstehen bei Streiks, 3 Fällen Uebertretungen des Vereinsgesetzes, 2 öffentliche Sammlungen und 1 unbefugtes Plakataufkleben. Die Kostenübernahmen betrafen Strafprozesse, die ohne Zutun des Vorstandes eingeleitet waren, und wurde hier fast nur ein Theil der Kosten ersetzt. Diese setzen sich zusammen aus Straf- und Vertheidigungskosten.

In den Straffachen erfolgte:

	vor 1. Instanz	vor 2. Instanz	vor 3. Instanz
Freisprechung in . . .	9 Fällen	5 Fällen	1 Fall
Berurtheilung in . . .	31	14	1
Weibes in . . .	1	—	—
Es schweben noch in . . .	3	2	—
Ausgang unbekannt in . . .	1	—	—

Die Privatprozesse endeten in je 9 Fällen mit und ohne Erfolg, in 3 Fällen mit Vergleich, in 10 Fällen mußte die Klage im Laufe des Prozesses zurückgezogen werden, 7 Fälle schweben noch und in 6 Fällen ist der Ausgang unbekannt.

An Strafen wurden über die an obigen Strafprozessen beteiligten Verbandsmitglied-er verhängt: 6 Jahre 9 Monate Zuchthaus, 4 Jahre 131/2 Monate 129 Tage Gefängniß und 572 " Geldstrafe. Dergu kommen 42 Strafmandate über zusammen M 513,25.

Die Gesammtaufwendungen betragen für die abgelaufene Berichtsperiode M 9834,49.

Handhabung der Vereinsgesetze.

Was die Anwendung der Vereinsgesetze betrifft, so sind damit sehr wunderbare Erfahrungen gemacht worden. In Greifswald war eine Besprechung durch Annonce in einem öffentlichen Blatte einberufen worden, aber nicht zu Stande gekommen, weil nur drei Personen, die nicht einmal alle Metallarbeiter waren, erschienen sind. Diese hatten sich an einen Tisch gesetzt und sich mit dem Referenten über weitere Maßnahmen unterhalten, wurden aber von der

Polizei überrascht; der Wirth erhielt ein Strafmandat, weil er eine unangemeldete Versammlung, deren Zweck die Erörterung öffentlicher Angelegenheiten war, in seinem Lokale gebildet hatte. Diese Angelegenheit wurde durch alle Instanzen hindurch verfolgt, aber die Polizei-Strafverfügung allenthalben aufrecht erhalten.

Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß der Begriff einer Versammlung gegeben sei, wenn eine Anzahl Personen zum gleichen Zwecke vereinigt ist. Die Ausführungen der Vernehmungsinhaber über diesen Punkt lauten:

Es fragt sich zunächst, ob in der Vereinigung der vier Personen in dem Lokale des Angeklagten eine Versammlung im Sinne der gedachten Verordnung vom 11. März 1850 zu erblicken ist.

Eine Versammlung ist, wie von dem Reichsgericht in seiner Entscheidung vom 22. September 1890 (Entsch. in Str. S. Bd. XXI S. 78 ff.) angenommen wird, „eine gewisse, nicht allzuklein an Zahl bemessene, äußerlich irgendwie vereinigte Personenmehrheit oder Menschenmenge, welche auf gemeinsamen bewußten Zwecken und Zielen beruht.“ Unter diesen Begriff fallen auch die sogenannten „vertraulichen Besprechungen“ (Urtheil des Kammergerichts vom 30. Oktober 1885, Bd. VI 249). Wie groß die Zahl der Theilnehmer sein muß, um eine „Versammlung“ als vorliegend anzunehmen, ist Gegenstand der tatsächlichen Feststellung. Es ist jedoch dem Vordrucker darin beizutreten, wenn er die Zahl der vier Personen, welche zu gemeinsamen Zwecken sich im Lokale des Angeklagten vereinigt, als hinreichend für die Annahme einer Versammlung ansieht. Dieser Ansicht steht auch nicht entgegen, daß die vier Personen zwanglos an einem Tisch zusammen saßen und mit einander die zur Besprechung stehende Angelegenheit beredeten. Denn für den Begriff der Versammlung ist es unerheblich, ob etwa ein Vortrager gewählt oder eine Rednerliste aufgestellt worden ist oder eine geordnete Debatte in parlamentarischen Formen stattfindet. Nicht die Organisation, sondern lediglich der gemeinsame praktische Zweck, welcher die Personen zusammenführt, unterscheidet die einheitliche Versammlung von der formlosen Menschenmenge (Entsch. d. R. G. a. a. O.). Hieran ändert auch die Thatsache nichts, daß der Zeuge Fleischer an jenem Abend ganz zufällig in das Lokal gekommen war und sich zu den drei anderen Personen an den Tisch gesetzt hat, in dem Augenblicke, in welchem er sich mit den anderen zur Erörterung des zur Besprechung bestimmten Themas vereinigte, die vier Personen also ein innerlich verbundenes Ganze bildeten, gehörte er zu der Versammlung. (Entsch. d. R. G. a. a. O.) u. s. w.

Die Begründung befaßt sich dann weiter mit der Frage, ob der Verband eine öffentliche Angelegenheit wäre, welche Frage auf Grund früherer Erkenntnisse natürlich bejaht wird, und schließt daraus auf die öffentliche Eigenschaft der betreffenden Versammlung.

Weiter interessirte sich auch die Polizei für die Verhältnisse der Versammlungen, denen sie ebenfalls den Charakter einer öffentlichen beimaß, weil auch hier Vertreter des Verbandes für letzteren Propaganda gemacht und dadurch öffentliche Angelegenheiten erörtert haben sollen. Auch hier wurde gegen die Strafmandate Einspruch erhoben, dieselben wurden aber durch die Schöffengerichte bestätigt. In einem Falle ist Berufung eingelegt, die aber noch nicht zu weiterer Entscheidung geführt hat.

Neben diesen polizeilichen Belästigungen fanden noch mehrere andere auf Grund des Vereinsgesetzes statt, die hier alle aufzuzählen zu weit führen würde. Wie weit wir jetzt unter der von der Polizei betriebenen „Politik der Nabelstiche“ zu leiden haben, dafür noch ein dramatisches Beispiel:

In Düsseldorf verlangte die Behörde unter Anderem auch Angabe der Wohnungen der Mitglieder auf den einzureichenden Mitgliedslisten. Die Ortsverwaltung that dies, so gut es ihr möglich war, sie konnte natürlich nur die ihr selbst bekannten Angaben machen. Diese stimmten aber nicht immer. In allen diesen Fällen, wo eine Uebereinstimmung der Wohnungsangaben der Ortsverwaltung mit den Einwohnermeldebüchern der Polizei nicht vorhanden war, forderte die Behörde Berichtigung von der Ortsverwaltung.

Da die Ortsverwaltung aber beim besten Willen eine andere Adresse nicht angeben konnte und die Aufforderung unbeantwortet ließ, erhielt sie ein Strafmandat, welches vom Gericht in zwei Instanzen bestätigt wurde. Die Urtheilsbegründung ging dahin, daß der Angeklagte gewiß nur Auskunft insoweit ertheilen muß, so weit er dazu in der Lage ist. Aus diesem Grunde würde er auch nicht bestraft werden können, wenn er keine anderen Wohnungsangaben gemacht oder die Unmöglichkeit dazu der Behörde mitgetheilt hätte. Dies letztere hätte er aber nicht gethan und mithin sich wegen Nichtertheilung einer Auskunft, zu der er verpflichtet war, strafbar gemacht.

Nach dieser Entscheidung fand in Düsseldorf ein lebhafter Briefwechsel zwischen Polizei und Ortsverwaltung statt. Die Polizei verlangte unentwegt die Berichtigung der angegebenen Adressen und die Ortsverwaltung benachrichtigte sie von der Unmöglichkeit der Erfüllung dieses Verlangens.

Wie weit die Polizei sich die Ermittlung der Adressen der angemeldeten Mitglieder angelegen sein läßt und in welcher Weise sie das betreibt, davon gibt die Schilderung, die ein davon betroffener Arbeiter in einer Versammlung gab, Kenntniß. Hiernach wurden Schutzeleute beauftragt, sich in den vermeintlichen Wohnungen der betreffenden Arbeiter zu erkundigen. Dabei kam es vor, daß der betreffende Beamte auch bei anderen Wirthern nach der Person fragte und wohl auch gelegentlich den Grund der polizeilichen Messungen angab. Kurzum, der nichts ahnende Arbeiter konnte, wenn er Abends nach Hause kam, aus mehr als einem Grunde erfahren, daß sich die Polizei in hohen Maße für ihn interessirte, und es ist wohl selbstverständlich, daß es ihn nicht gerade angenehm berührte, wenn er den wahren Grund erfährt.

Auch das von der reaktionären Kammermehrheit „verbesserte“ sächsische Gesetz machte dem Verband zu schaffen. Einseitig, indem es in manchen Köpfen den Gedanken auf Erziehung von Verwaltungsposten weckte, andererseits und das kommt für den Redigenten in Betracht, durch seine Ausübung auf einen Theil unserer Mitglieder. Namentlich der als Kompensation für die Aufhebung des Verbindungsverbots geschaffene § 1a, wonach Minderjährige an politischen

Versammlungen nicht theilnehmen dürfen, trug den heftigsten Widerstand sowohl den Versammlungsvorstehenden als auch den Strafverfolgern. Der Sachverhalt ist kurz folgender:

In einer öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung in Dresden, in der auch die in Frage kommenden Verbandsmitglieder theilnahmen, wurde ein Vortrag über die „Degeneration der Arbeiterklasse“ gehalten. Die Polizei hielt den Vortrag für politisch, griff eine Anzahl Minderjähriger heraus, schrieb ihre Namen auf und bedachte sie und den Vortragenden mit Strafmandaten, trotzdem der Vorsitzende nicht einmal zur Hinweisung der Minderjährigen aufgefordert worden war. Der hiergegen erhobene Einspruch wurde vom Schöffengericht in Bezug auf die Mehrzahl der Bestraften zurückgewiesen, ein Minderjähriger freigesprochen, der Vorsitzende dagegen in härtere Strafe genommen. Die Merkmale des politischen Vortrages fand, nach einem Bericht der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, das Gericht darin, daß von innerpolitischen Verhältnissen und deren Ausgestaltung zu Gunsten der Arbeiter die Rede gewesen sei. Es sei von dem Kampfe der Arbeiter, von Militär und Kirche, sowie dem Kampfe der Arbeiter dagegen gesprochen worden, was zweifellos auf dem Gebiete der inneren Politik liege. Es sei „rechtsirrtümlich“, wenn der Vortrag von den Angeklagten nicht für politisch gehalten worden sei. Der Einspruch sei aber nicht zurückgewiesen, da heute über 18 Jahre in der Lage sind, so etwas richtig beurtheilen zu können.

Diese Entscheidung ist in zweierlei Hinsicht auffallend: erstens, weil sie bei den wegen ihrer „Unreife“ von politischen Versammlungen fernzuhaltenden Minderjährigen so viel Heife voraussetzt, daß sie die Merkmale einer politischen Versammlung erkennen sollen; zweitens aber, weil die Minderjährigen bestraft wurden, ohne daß sie sich gegen eine an sie gerichtete Aufforderung, sich zu entfernen, aufgelehnt hätten, wie es das Gesetz für die Strafbarkeit voraussetzt. Gegen diese Entscheidung ist Berufung eingelegt und steht weitere Entscheidung noch aus.

Ausstände und Lohnbewegungen.

Die Ausstandsbewegung war in den verfloßenen beiden Jahren ziemlich lebhaft, jedoch konnten bedeutende Verbesserungen nicht erzielt werden.

Unser bisheriger Kampf mit dem Unternehmertum gleicht dem Kleinkriege und betreffen auch die Ausstände meist nur einzelne Werkstätten: Abtheilung von Mühlstühlen, Vertheilung des Koalitionsrechtes und Verhinderung von Verschlechterungen sind in weitaus den meisten Fällen die Ursachen der Konflikte und nur einige wenige Branchen, so die Feilenhauer, Klempner und Schmiede erzielten hier und da eine Verbesserung ihrer Lage durch Regelung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne bezw. Akkordpreise, Ablösung des Kost- und Logiszwangs, und damit zusammenhängend Fixirung eines Mindestlohnes.

Was die bei Ausständen gemachten Erfahrungen anbetrifft, so sind dieselben im Großen und Ganzen dieselben, wie in der vorhergehenden Geschäftsperiode. Gar zu wenig wird bei Einleitung eines Ausstandes in Betracht gezogen, daß nicht allein die Berechtigung derselben, sondern vielmehr die Möglichkeit seiner Durchführung eine gewichtige Rolle spielt. Würde dies geachtet, so würde mancher Kampf nicht ungenützt und manche bittere Erfahrung den Beteiligten erspart bleiben.

Dies trifft namentlich auf Kämpfe zu, die auf Wiedereinstellung oder Entlassung einzelner Personen abzielen. Hier hat sich auch in der verfloßenen Geschäftsperiode gezeigt, daß diese Kämpfe in den seltensten Fällen erfolgreich ausgehen. Der Vorstand hat auch in diesem Jahre in fast allen derartigen Fällen von einem Ausstand abgerathen, ist aber leider in den seltensten Fällen vorher davon unterrichtet worden und so befand er sich meist einer vollzogenen Thatsache gegenüber, an der nichts mehr zu ändern war.

Weiter aber ist ein Meagiren auf eine einzelne Maßregelung insofern ein taktischer Fehler, weil durch diesen Umstand häufig ein Vorgehen wegen wichtiger Forderungen unmöglich gemacht wird. Es ist schon mehrfach vorgekommen, daß durch eine dazwischengekommene Maßregelung und darauffolgende Arbeitsniederlegung während der Vorbereitungen zu einem größeren Schlage dieser letztere vereitelt wurde. Es ist dies auch ziemlich selbstverständlich. So lange der Unternehmer weiß, daß die von ihm vorgenommenen Maßregelungen durch einen Ausstand beantwortet wird, wird er dieses Mittel lieber und während der Vorbereitungen zum Kampfe anwenden, als daß er sich der Gefahr einer ihm später ungelogen kommenden Arbeitseinstellung aussetzt. Dadurch, daß er erst reagiert, kann er den Kampf in eine Zeit verlegen, die für ihn günstig, für die in Frage kommenden Arbeiter aber ungünstig ist, und so die Kräfte der Arbeiter schwächen, ehe die für sie günstige Zeit zum Vorschein kommt. Dies sollte bei künftigen Bewegungen wohl beachtet und darnach gehandelt werden.

Was nun die Forderungen selbst anbetrifft, so ist auch im letzten Geschäftsjahre die Erziehung gemacht worden, daß Forderungen auf Lohnerhöhung im Allgemeinen viel mehr Anklang bei den Beteiligten fanden und die Verkürzung der Arbeitszeit unter Beibehaltung des bisherigen Lohnes nicht gerade begehrter Aufnahme fand. Wurde aber neben der Verkürzung der Arbeitszeit noch ein den bisherigen Lohn übersteigender verlangt, so war wohl die Forderung für die Theilnehmer annehmbarer, aber die Durchführbarkeit derselben bedeutend schwieriger.

In den abgelaufenen zwei Jahren fanden 95 Ausstände statt, an denen 5550 Personen theilgenommen waren. Von diesen Ausständen waren 54 Abwehr- und 41 Angriffskämpfe. Beendet wurden mit Erfolg 16 Abwehr- und 12 Angriffskämpfe, ohne Erfolg 28 Abwehr- und 15 Angriffskämpfe, durch Vergleich oder mit theilweisem Erfolg 10 Abwehr- und 14 Angriffskämpfe.

Die Streiks wegen einzelner Maßregelungen waren alle ohne Erfolg.

Für die Ausstände in den Jahren 1897-98 wurden vom Verband ausgegeben: 159,621 M. 42 S. Hierzu an einzelne an fremden Streiks theilnehmende Mitglieder 3,124 M. 80 S. und an die vom Streik der Firma Stöcker A.-G. in Berlin Arbeitslosen 3,528 M. 46 S. Mithin in Summa 166,274 M. 18 S.

Transport: 166,274 M. 18 S.
An andere Verufe wurden zur Durchführung ihrer Kämpfe in 11 Fällen überwiesen 15,100 „ — „
Jodas die Gesamtausgaben für Streiks aus Verbandsmitteln in den Jahren 1897-98 181,374 M. 18 S. betragen.

Herausgabe von Sammelheften.

Von der Herausgabe von Sammelheften zur Unterstützung der eigenen Streiks wurde in der abgelaufenen Geschäftsperiode abgesehen und nur zur Unterstützung unserer Kollegen in Dänemark und in England Sammlungen veranstaltet. Das Ergebniß der Sammlungen gestaltete sich folgendermaßen:
Es gingen ein M. 56,442,—
Davon wurden abgeführt an die Dänischen Metallarbeiter M. 13,800,—
an die englischen Maschinenbauer „ 41,428,76
Nachdem eine weitere Unterstützung der englischen Maschinenbauer nicht mehr möglich, an die Steinarbeiter-Norddorf „ 500,—
an die Bauarbeiter-Hamburg „ 200,—
an Einzelne „ 22,—
Summa M. 55 950,76
Mithin Ueberschuß „ 491,24
welcher der Verbandskasse überwiesen wurde.

Internationale Beziehungen.

In den internationalen Beziehungen ist insofern über eine weitere Verbesserung zu berichten, als es in der abgelaufenen Geschäftsperiode gelang, auch mit der schweizerischen Organisation ein Abkommen zu treffen, wonach unseren Mitgliedern dort ein Reisegeld bezahlt wird. Mit der dänischen und österreichischen Organisation ist das Verhältniß dasselbe geblieben. Die Aufwendungen für die Aufrechterhaltung internationaler Beziehungen betragen in der Geschäftsperiode 1897/98 im Ganzen M. 370.

Generalkommission.

An die Generalkommission waren zu bezahlen M. 11,101,74. Davon bis Ende 1898 bezahlt M. 9970,90, bleibt zu begleicher Rest pro 1899 M. 2030,84, welcher im laufenden Jahre berichtigt wird.

Arbeitsvermittlung.

Der Arbeitsvermittlung wendete der Vorstand in der abgelaufenen Geschäftsperiode mehr Aufmerksamkeit zu als früher.

Der erste Schritt dazu war die Zusammenziehung der schon bestehenden bis dahin zum Theil sehr gut funktionierenden Arbeitsnachweise der Feilenhauer unter einem in Stuttgart domicilirenden Zentralarbeitsnachweis der Feilenarbeiter Deutschlands.

Ueber die Inanspruchnahme und Wirksamkeit des Zentralarbeitsnachweises der Feilenarbeiter möge folgende Zusammenstellung ein Bild geben:

1) Inanspruchnahme durch die Arbeiter	Monat	Arbeit suchten Arbeitslose	Nachgewiesen wurden Stellen	Zurückgezogen wurden Besuche	Unerledigt blieben
Juli	28	25	1	2	
August	27	24	—	3	
September	24	21	—	3	
Oktober	19	14	2	3	
November	18	13	—	5	
Dezember	23	13	—	10	
	139	110	3	26	

2) Inanspruchnahme durch die Unternehmer.	Monat	Zahl der Unternehmer	Zahl der durch die Unternehmer bezahlten Stellen	Zurückgezogen wurden Besuche	Unerledigt blieben	Zurückgezogen wurden Besuche
Juli	87	54	33	11	4	6
August	23	38	25	2	4	7
September	17	27	23	—	4	—
Oktober	17	29	25	—	4	—
November	11	14	13	1	—	—
Dezember	16	22	13	1	8	—
	121	184	132	15	24	13

Statistik.

Mit statistischen Erhebungen konnte sich der Vorstand nur nebenbei beschäftigen.

Die einzige berufsmäßige Arbeit, mit der sich der Vorstand befaßte, war die Bearbeitung und Herausgabe der Erhebungen der Schmarzwälder Uhrenarbeiter. Das Ergebniß der Erhebungen ist in einer Broschüre zusammengefaßt herausgegeben und wird auf diese verwiesen.

Regelung sonstiger Angelegenheiten.

Außer den bisher erwähnten Gegenständen hatte sich der Vorstand mit einer ganzen Reihe Angelegenheiten zu befassen, über die im Einzelnen zu berichten zu weit führen würde, deren Erledigung — des persönlichen Charakters der meisten dieser Angelegenheiten willen — aber auch nicht gerade zu den angenehmen Aufgaben des Vorstandes gehörten.

Finanzielle Lage des Verbandes.

Wesentlichen Schritt mit den Fortschritten des Verbandes im Allgemeinen hat auch die seiner Finanzen gehalten, wie die vorstehende Abrechnung zur Genüge beweist.

So erfreulich für uns diese allgemeine Hebung unseres Verbandes als auch seiner Finanzen ist, so lebhaft ruft sie auch in uns das Bestreben nach, unerwünscht an dem begangenen Werte weiter zu bauen und es im Interesse aller seiner Mitglieder zu vervollkommen.

Insofern erwächst uns diese Pflicht zu einer Zeit, die, wie die heutige, die eines lebhaften Kampfes zu werden scheint, eines Kampfes nicht nur zur Vertheidigung des Bestehenden, sondern zur Erreichung besserer Verhältnisse.